

KAPITEL V WIRTSCHAFT

	Seite
1. Vorbemerkung	3
2. Die bisherige wirtschaftliche Entwicklung	3
2.1 Quantitative Entwicklung	3
2.2 Qualitative Entwicklung	5
2.3 Räumliche Entwicklung	5
2.4 Die wirtschaftliche Entwicklung im Städtevergleich	7
2.5 Probleme der bisherigen Entwicklung	10
3. Status-quo-Prognosen zur künftigen wirtschaftlichen Entwicklung	11
3.1 Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung	11
3.2 Prognosen zur Arbeitsplatzentwicklung	12
3.3 Prognosen zur Entwicklung zentrenbedeutsamer Funktionen	18
3.4 Räumliche Entwicklungstendenzen	19
3.5 Probleme der zu erwartenden Entwicklung (unter Status quo-Bedingungen)	21
4. Die anzustrebende wirtschaftliche Entwicklung	22
4.1 Wirtschaftspolitische Ziele	22
4.2 Quantitative Wachstumssteuerung	23
4.3 Qualitative Wachstumssteuerung	24
4.4 Räumliche Ziele	26
4.5 Ergebnis	27
5. Maßnahmen	28
5.1 Maßnahmen der quantitativen Wachstumssteuerung	28
5.2 Maßnahmen der qualitativen Wachstumssteuerung	30
5.3 Maßnahmen der räumlichen Steuerung	33
6. Tabellen	35

1. Vorbemerkung

Die wirtschaftliche Entwicklung der Landeshauptstadt München befindet sich in einem Umbruch, der hauptsächlich auf gesamtwirtschaftliche Einflüsse zurückzuführen ist.¹ Im Sog der – auch auf längere Sicht – abgeschwächten Wachstumstendenzen in der Bundesrepublik wird sich eine wirtschaftliche Expansion in der Landeshauptstadt, wie sie in den 60er Jahren erfolgte, auf absehbare Zeit nicht wiederholen:

Das Wachstumstempo der Produktion wird wahrscheinlich auch nach Überwindung der gegenwärtigen Rezession nicht mehr die Höhe der 60er Jahre erreichen. Die Arbeitsplätze werden unter optimistischen Annahmen im kommenden Jahrzehnt nur noch relativ langsam wachsen, bei pessimistischen Annahmen wird die Zahl der Arbeitsplätze etwa auf dem Stand von 1974 bleiben.

Im Zeichen des abgeschwächten Wachstums verschärfen sich konjunkturelle und strukturelle Probleme, weil freigesetzte Arbeitskräfte auf einen weniger expansiven Arbeitsmarkt treffen.

Die künftige wirtschaftliche Entwicklung wird in räumlicher Hinsicht vor allem gekennzeichnet sein durch eine wirtschaftliche Akzentverschiebung zugunsten des Umlands, d.h. die Arbeitsplätze werden im Umland absolut und relativ schneller wachsen als in der Landeshauptstadt.

Im folgenden werden – aufbauend auf einer Analyse der Vergangenheit, der Entwicklungstendenzen und ihrer Probleme – Ziele und Maßnahmen für die künftige Wirtschaftspolitik der Landeshauptstadt München formuliert. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß das Kommunalrecht ein spezielles Instrumentarium für eine kommunale Wirtschaftspolitik noch nicht kennt. Wirtschaftspolitische Zielvorstellungen können deshalb nur dadurch realisiert werden, daß alle Mittel und Möglichkeiten der kommunalen Zuständigkeit gezielt eingesetzt werden. Eine gezielte und koordinierte kommunale Wirtschaftspolitik ist deshalb unbedingt erforderlich, weil sich Lebensqualität und Lebensstandard nicht trennen lassen von der wirtschaftlichen Entwicklung.

2. Die bisherige wirtschaftliche Entwicklung

2.1 Quantitative Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Landeshauptstadt München seit Beginn der 60er Jahre bis etwa 1973 stand, wie die folgende Tab. V-1 zeigt, überwiegend im Zeichen explosiver Wachstumsprozesse:

Bevölkerung und Arbeitsplätze wuchsen zwischen 1961 und dem bisherigen Höchststand von 1972 um ca. 235 000 (21 %) bzw. um etwa 135 000 (20 %).

Obwohl in dieser Wachstums-Dekade abwechselnd die Bevölkerungs- bzw. Arbeitsplatzwachstumsraten überwogen, haben sich Bevölkerung und Beschäftigung in der Landeshauptstadt München insgesamt parallel entwickelt²; seit 1973 sind Arbeitsplätze und Bevölkerung stagnierend bzw. rückläufig.

Besonders stürmisch und bis in jüngste Zeit anhaltend ist das Bruttoinlandsprodukt³ der Landeshauptstadt München gewachsen (zwischen 1961 und 1974 von ca. 10 Mrd. auf ca. 36 Mrd., d.h. um etwa 260 %). Dieses außergewöhnliche Wachstum ist z.T. auf das starke Arbeitsplatzwachstum in München, aber viel mehr noch auf das Produktivitätswachstum zurückzuführen (seit 1961 ist das Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsplatz um etwa 200 % gewachsen⁴),

¹ Vgl. im einzelnen Abschn. 3 dieses Kapitels.

² Das bedeutet nicht, daß die Arbeitskraftbilanz der Landeshauptstadt München in diesem Zeitraum ausgeglichen gewesen wäre; der Pendlersaldo hat zwischen 1961 und 1970 von ca. 87 000 auf 119 000 zugenommen; Quelle: Amt für Statistik und Datenanalyse

³ Bruttoinlandsprodukt = Summe aller Wertschöpfungen in der Landeshauptstadt München/ Jahr.

⁴ vgl. Tab. V-1, Spalte (11).

Tabelle V - 1

Bevölkerung und Wirtschaft in München von 1961 bis 1974

Jahr	Bevölkerung ¹			Bruttoinlandsprodukt			Arbeitsplätze ²			Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsplatz		
	1000	Veränderung gegenüber Vorjahr	%	Mrd. DM	Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1000	Veränderung gegenüber Vorjahr	%	DM	Veränderung gegenüber Vorjahr	%
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)
1961	1.104	+ 35	+ 3,2	9,9	+ 1,2	+ 12,1	670	+ 14	+ 2,1	14.800	+ 1.400	+ 9,5
1962	1.139	+ 19	+ 1,7	11,1	+ 0,9	+ 8,0	684	+ 6	+ 0,9	16.200	+ 1.200	+ 7,4
1963	1.158	+ 21	+ 1,8	12,0	+ 1,1	+ 9,2	690	+ 10	+ 1,4	17.400	+ 1.300	+ 7,5
1964	1.179	+ 13	+ 1,1	13,1	+ 1,2	+ 9,2	700	+ 16	+ 2,3	18.700	+ 1.300	+ 7,0
1965	1.192	+ 10	+ 0,8	14,3	+ 0,1	+ 11,2	716	+ 15	+ 2,1	20.000	+ 1.800	+ 9,0
1966	1.202	+ 2	+ 0,2	15,9	+ 1,1	+ 6,9	731	+ 15	+ 2,1	21.800	- 400	- 2,0
1967	1.204	+ 27	+ 2,2	16,0	+ 1,1	+ 6,9	746	+ 1	+ 0,1	21.400	+ 1.500	+ 7,0
1968	1.231	+ 43	+ 3,5	17,1	+ 2,9	+ 14,1	747	+ 13	+ 1,7	22.900	+ 4.100	+ 17,9
1969	1.274	+ 38	+ 3,0	20,5	+ 3,8	+ 16,2	760	+ 24	+ 3,2	27.000	+ 2.800	+ 10,4
1970	1.312	+ 26	+ 2,0	23,4	+ 2,0	+ 7,4	784	+ 6	+ 0,8	29.800	+ 4.600	+ 15,4
1971	1.338	+ 1	+ 0,1	27,2	+ 2,0	+ 7,4	790	+ 14	+ 1,8	34.400	+ 1.900	+ 5,5
1972	1.339	- 2	- 0,2	29,2	+ 3,8	+ 13,0	804	-	-	36.300	+ 4.700	+ 12,9
1973	1.337	- 14	- 1,0	33,0	+ 2,8	+ 8,5	804	+ 12	- 1,5	41.000	+ 4.200	+ 10,2
1974	1.323			35,8			792			45.200		

¹ Jeweils Jahresende.² Geschätzt incl: Hauspersonal, zivilen Armeepersonal und Bauarbeitern auswärtiger Firmen. Die Zahlen der amtlich erfaßten Arbeitsplätze (amtl. Statistik) sind niedriger. Quelle: Amt für Statistik und Datenanalyse und Berechnungen des Stadtentwicklungsreferats

Das außergewöhnliche Wachstum der Landeshauptstadt München war sowohl das Ergebnis einer überdurchschnittlichen Attraktion des Münchner Raumes für Bevölkerungszuzüge (der vielgerühmte Freizeitwert förderte insbesondere Zuzüge aus der Bundesrepublik; die geographische Lage Münchens begünstigte den Ausländerzustrom)¹ als auch sonst günstiger Standortfaktoren für die Wirtschaft: die günstige geographische Lage im süd-europäischen Wirtschaftsraum, ein hohes Ausbildungsniveau der Erwerbsbevölkerung, eine sehr reichliche Ausstattung mit Baurecht bzw. verfügbaren Flächen, ausgeprägte Agglomerationsvorteile als Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum im süddeutschen Raum. Hinzu kam als Ausnahmefall der "Olympia-Boom".

In den letzten beiden Jahren (1973, 1974) hat die Bevölkerung abgenommen (um ca. 16.000 gegenüber dem Höchststand von 1972) D; die Beschäftigung hat im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Schwierigkeiten der Bundesrepublik 1974 und Anfang 1975 einen Rückgang um ca. 34.000 hinnehmen müssen.²

2.2 Qualitative Entwicklung

In qualitativer Hinsicht lassen sich für die wirtschaftliche Entwicklung Münchens zwei Entwicklungsphasen unterscheiden:³

1961 - 1970:

Welle der "Industrialisierung" Münchens, Wachstum im Zeichen des besonders expansiven sekundären Sektors⁴ (Arbeitsplatzzuwachs von 72.000 im sekundären Sektor gegenüber 42.000 im Dienstleistungssektor⁵). Dieses starke Wachstum des sekundären Bereichs war auch im Vergleich zu anderen Großstädten und zur Bundesrepublik insgesamt sehr ungewöhnlich.⁶

1970 bis zur Gegenwart:

Schrumpfung des sekundären Sektors (ca. -54.000 bzw. - 15 % von 1970 bis 1975), ausgeprägtes Wachstum des Tertiärbereichs (ca. + 42.000 bzw. + 10 % von 1970 bis 1975), vgl. Tab. V-2.

Diese Entwicklung spiegelt einen Strukturwandel wider, wie er in der Bundesrepublik insgesamt, insbesondere in den Städten, stattgefunden hat.⁷

2.3 Räumliche Entwicklung

Zwischen 1961 und 1973 verteilten sich die Arbeitsplatzzuwächse im Stadtgebiet, wie Tab. V-3 zeigt, folgendermaßen:

Zunahme

in der bereits hochverdichteten Innenstadt um 9,1 % in den INRA-

Gebieten um 10,7 %

in den meist wenig verdichteten Außengebieten jedoch um 38,9 %

¹ Vgl. Tab. V-1, Spalte 2 und 3.

² Vgl. Tab. V-2, Spalten 4-6.

³ Vgl. Tab. V-2.

⁴ Zum sekundären Sektor zählen: Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe.

⁵ Zum Dienstleistungssektor bzw. zum tertiären Sektor sind zu rechnen: Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen.

⁶ - Statistische Jahrbücher Deutscher Gemeinden, 50. und 59. Jahrgang
Statistische Jahrbücher Deutscher Großstädte, versch. Jgg.

⁷ Vgl. Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung 7. Jg. 1974, S. 262, sowie Statistisches Handbuch der Landeshauptstadt 1975, insbes. S. 466.

Tabelle V - 2

Beschäftigte in München nach Wirtschaftsabteilungen und -Sektoren in den Jahren 1961, 1970, 1973, 1974 und 1975

Wirtschaftsabteilung, -sektor	Beschäftigte									
	1961		1970		1973		1974		1975	
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	
Primärer Sektor Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	3.700	3.700	3.100	3.100	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200
Sekundärer Sektor Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau Verarbeitendes Gewerbe (o. Baugewerbe) Baugewerbe	288.500	5.500	360.600	6.000	342.000	5.200	325.000	5.400	306.100	5.400
Tertiärer Sektor Handel Verkehr und Nachrichtenübermittlung Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe sonstige Dienstleistungen Organisationen ohne Erwerbscharakter Gebietskörperschaften und Sozial- Versicherungen	378.300	116.800	420.300	109.700	460.300	113.200	464.400	113.200	461.900	112.100
Insgesamt	670.500	670.500	784.000	784.000	804.500	804.500	791.600	791.600	770.200	770.200

Quelle: Amt für Statistik und Datenanalyse und Berechnungen des Stadtentwicklungsreferates.

Mit dieser Entwicklung verband sich¹

in der Innenstadt und den Innenstadtrandgebieten eine Bevölkerungsabnahme um jeweils ca. 10 %

in den äußeren Stadtbezirken eine Bevölkerungszunahme um ca. 41 %.

Damit hat eine gegenläufige Bewegung von Arbeitsplätzen und Bevölkerung in der City – und vor allem im INRA – zu Lasten der Wohnbevölkerung stattgefunden, während in den Außenbereichen Bevölkerung und Arbeitsplätze prozentual in etwa gleichem Ausmaß zugenommen haben.

Die Arbeitsplätze sind nach Wirtschaftssektoren wie folgt in der Stadt verteilt:

die tertiären Arbeitsstätten mit hoher Personalstärke in der Innenstadt und den nördlich daran anschließenden INRA-Gebieten² (darin äußert sich eine für große Städte typische Entwicklung aufgrund von Agglomerationsvorteilen für zentrale Einrichtungen in der Stadtmitte)³

die Schwerpunkte der gewerblichen Betriebe kranzförmig in einem äußeren Ring um die Innenstadt⁴ (vor allem wegen hohen Flächenbedarfs und Standortvorteilen in der Nähe von Verkehrsachsen).

Die räumliche Verteilung der Beschäftigten nach ihrer Stellung im Beruf zeigt, daß die Arbeitsplätze für Beamte/Angestellte mit den Standorten der tertiären Arbeitsplätze zusammenfallen.⁵ Dort ist auch der Hauptanteil an publikumsorientierten⁶ und Frauenarbeitsplätzen⁷ zu finden

bzw.

eine unregelmäßige Verteilung der Stellen für Arbeiter – die im wesentlichen Umfang auch dem Dienstleistungsbereich zuzuordnen sind – über das ganze Stadtgebiet hinweg.⁸

Diese räumlichen Entwicklungen waren begleitet von:

einer hohen innerstädtischen Mobilität der Betriebe, wie sie für starke Wachstumsprozesse typisch ist⁹ einer zunehmenden "betrieblichen" Konzentration der Betriebe: dem bundesweiten Trend folgend, hat die Zahl der Betriebe auch in der Landeshauptstadt München in allen Wirtschaftsabteilungen abgenommen – allein zwischen den beiden letzten offiziellen Zählungen 1961 und 1970 um insgesamt 24 %⁹

2.4 Die wirtschaftliche Entwicklung im Städtevergleich

Beim Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung in sieben der größten deutschen Großstädte zeigt sich, daß das Wachstum in der Landeshauptstadt München nicht nur absolut, sondern auch relativ gesehen, außergewöhnlich war (vgl. Tab. V-4, Tab. V-10a).¹⁰

¹ Quelle: Amtliche Statistik, Amt für Statistik und Datenanalyse, Berechnungen des Stadtentwicklungsreferats

² Zur Abgrenzung vgl. Tab. V-3, Fußnote 2

³ Vgl. Abb. V-2

⁴ Vgl. Abb. V-1

⁵ Vgl. Abb. V-4 mit Abb. V-2

⁶ Einzelhandel, Arztpraxen, öffentl. Dienst mit Publikumsverkehr etc., vgl. Abb. V-6

⁷ Vgl. Abb. V-5

⁸ Vgl. Abb. V-3

⁹ Nach Berechnungen des Stadtentwicklungsreferats haben von den Münchner Betrieben (Bestand 1970 ca. 49.800) zwischen 1960 und 1972 ca. 25 % mindestens einmal ihren Standort gewechselt, wobei Mittelbetriebe die höchste Mobilität aufwiesen. Nur zu einem geringen Teil erfolgten Abwanderungen über die Stadtgrenzen hinaus, seit 1960 ca. 1.300 Betriebe: (Die meisten Arbeitsplätze gingen durch abwandernde Industriebetriebe verloren; nach Ermittlungen der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern wanderten zwischen 1968 und 1974 von den etwa 8.400 (1970) Münchner Industriearbeitsstätten über 130 ab; dadurch gingen nach Berechnungen des Stadtentwicklungsreferats ca. 10.000 Arbeitsplätze für die Landeshauptstadt verloren.

¹⁰ Da gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten in München gestiegen ist, nahm die durchschnittliche Personalstärke der Betriebe erheblich zu

Tabelle V – 3

Räumliche Arbeitsplatzentwicklung in München in den Jahren 1861 und 1973¹

Raum	Jahr	2	3	4	5	6	7	8/9	2 - 9
Innenstadt	1961	8.392	2.703	24.409	3.279	12.797	15.162	13.840	80.582
	1973	7.755	1.740	20.640	3.897	15.340	16.408	22.140	87.920
	Veränd. 73/61 (%)	-7,6	-35,6	-15,4	18,8	19,9	8,2	60,0	9,1 ²
INRA ³	1961	91.336	31.751	62.458	30.116	16.093	57.774	55.759	345.287
	1973	88.553	37.044	52.325	32.458	26.007	65.667	80.037	382.091
	Veränd. 73/61 (%)	-3,0	16,7	-16,2	7,8	61,6	13,7	43,5	10,7 ⁴
Außenraum	1961	122.718	26.156	29.887	22.535	1.090	24.756	8.367	235.509
	1973	159.442	42.192	40.260	23.250	4.355	34.219	23.346	327.064
	Veränd. 73/61 (%)>	29,9	61,3	34,7	3,2	299,5	38,2	179,0	38,9 ⁵
Gesamt	1961	222.446	60.610	116.754	55.930	29.980	97.692	77.966	661.378
	1973	255.750	80.976	113.225	59.605	45.702	116.294	125.523	797.075 ⁶
	Veränd. 73/61 (%)	15,0	33,6	-3,0	6,6	52,4	19,0	61,0	20,5

¹ Quelle: Berechnungen des Amtes für Statistik und Datenanalyse und des Stadtentwicklungsreferates auf der Basis der Arbeitsstättenzählung 1970.

² Stadtbezirke bzw. -bezirksteile 5-16, 17 a, 18 a, 19-21,22 a, 26, 27 a, 28 a, 29 a.

³ Abnahme im sekundären Sektor (Abt. 2 - 3) —15 %, Zunahme im tertiären Sektor (Abt. 4 - 9) um 12 % des jeweiligen Bestandes.

⁴ Sekundärer Sektor + 2 %, tertiärer Sektor +15%.

⁵ Sekundärer Sektor + 35 %, tertiärer Sektor + 45 %.

⁶ Ohne Land- und Forstwirtschaft, sowie Energie- und Wasserversorgung

Das Bevölkerungswachstum in München betrug zwischen 1961 und 73 etwa das 8-fache der einzigen noch positiven Zuwachsraten in den Vergleichsstädten (vgl. Tab. V-4 Sp. 2). Auch die Arbeitsplätze sind gegenüber fast allen Vergleichsstädten um ein Mehrfaches gewachsen (vgl. Sp. 3). Außerdem ist das Bruttoinlandsprodukt der Landeshauptstadt München im Städtevergleich am stärksten gestiegen, wenn auch weniger abgehoben von der allgemeinen Entwicklung (vgl. Sp.4).

Tab. V - 4 **München im Städtevergleich**

Stadt	Einwohner Veränderung 1973/61 (%)	Arbeitsplätze Veränderung 1973/61 (%)	Bruttoinlandsprodukt Veränd. 1972/61 (%) ¹		Steuereinnahmen/EW ²	
			(4)	(5)	abs. 1972 in DM	Veränderung 1972/61 (%)
(1)	(2)	-3	(4)	(5)	(6)	(7)
München	23,2	17,0	194,1	138,5	684	129,1
Düsseldorf	- 10,6	3,8	151,9	175,1	850	124,3
Frankfurt	- 2,9	10,7	172,8	176,4	1.100	159,8
Köln	2,9	4,8	143,3	133,3	750	145,6
Stuttgart	- 2,0	0,9	126,5	128,6	803	186,3
Berlin	- 6,3	- 8,2	126,7	141,6	352 ³	168,5
Hamburg	- 4,5	- 3,5	116,9	125,2	671 ⁴	137,8

Quelle: Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden 50. und 61. Jg.
Statistische Jahrbücher der Städte, versch. Jgg.

Das Bruttoinlandsprodukt und die Steuereinnahmen je Einwohner sind hinter den außergewöhnlichen Wachstumsraten für Bevölkerung und Arbeitsplätze deutlich zurückgeblieben. Trotz eines stärkeren Bevölkerungs-, Arbeitsplatz- und Bruttoinlandsproduktwachstums als in allen anderen Vergleichsstädten belegt die Landeshauptstadt München beim Vergleich für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner und des Steueraufkommens nur mittlere bis untere Ränge (vgl. Sp. 5 und 7, Tab. V-4).

Nimmt man das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes pro Einwohner als Anhaltspunkt für die Einkommensentwicklung⁵, so wird deutlich, daß das boomartige Wachstum nicht von ebenso außergewöhnlichen Wohlstandssteigerungen begleitet war. Das unterdurchschnittliche Wachstum der Steuereinnahmen pro Kopf (Sp. 7) zeigt, daß auch die Möglichkeiten zur Bereitstellung von steuerlich finanzierten Leistungen nicht mit dem Arbeitsplatz-, Bevölkerungs- und Produktionswachstum Schritt gehalten haben (vgl. auch Tab. V-10)

¹letzte verfügbare Daten 1972.

²ohne allgemeine Finanzzuweisungen.

³Steuereinnahme als Stadtstaat. 1.149 DM.

⁴Steuereinnahme als Stadtstaat. 2.325 DM.

⁵Das Bruttoinlandsprodukt umfaßt die Summe aller in München erstellten Wertschöpfungen, unabhängig vom Wohnsitz der dazu Beitragenden. Im Zeitvergleich erscheint diese Größe jedoch als relativ brauchbarer Maßstab für die Einkommensentwicklung; aber auch dann ist städtischer Wohlstand nur unzureichend charakterisiert: zusätzlich müssen die quantitativ schwer faßbaren Elemente der Lebensqualität berücksichtigt werden.

2.5 Probleme der bisherigen Entwicklung

Die zurückliegende Periode stürmischer wirtschaftlicher Expansion (etwa 1961 – 73) hat nicht nur das Bruttoinlandsprodukt um ca. 235 % (bzw. 260 % bis 1974) gesteigert,¹ sondern auch einen hohen Preis für dieses ungewöhnliche Wachstum gefordert. Im Zuge dieses Wachstums ist die Bevölkerung Münchens um ca. 220.000 Personen gewachsen (vgl. Tab. V – 1, Sp. 2), d.h. um die Bevölkerung einer Großstadt wie etwa Kassel oder Münster. Dadurch ist aber auch ein zusätzlicher Infrastrukturbedarf wenigstens vom Umfang der Infrastrukturausstattung einer 220.000 Einwohner-Stadt entstanden. Tatsächlich ist der Infrastrukturbedarf kostenmäßig eher stärker gestiegen, weil in vielen Bereichen die Kosten der Infrastrukturausstattung mit der Stadtgröße wachsen; (Bodenpreise²) aufwendigere Technologien im Verkehr, überdurchschnittliche Anforderungen an die Beseitigung von Umweltschäden³. Da das gegenwärtige Finanzsystem auf überproportionale kommunale Belastungen im Zuge des Wachstums nur unzureichend reagiert (vgl. Tab. V - 4 Sp. 7 und Tab. V – 10c)⁴, war es trotz des schnellen wirtschaftlichen Wachstums und hoher Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts nicht möglich, die durch die Attraktivität der Arbeitsplätze und andere Faktoren zuziehende zusätzliche Bevölkerung gleichzeitig bzw. rechtzeitig mit den notwendigen Einrichtungen der sozialen Infrastruktur zu versorgen. Der dadurch entstandene Nachholbedarf wird gegenwärtig auf mehrere Milliarden DM geschätzt.⁵

Einen hohen Preis hat das stürmische Wachstum in Form von verdrängter historischer Bausubstanz, einer Nivellierung des Stadtbildes durch standardisierte, monotone Neubauten, einer Entpersönlichung der Absatzformen⁶, sowie stark angestiegener Umweltbelastung⁷ gefordert. Diese Entwicklung hat insgesamt zu einem Originalitätsverlust und zu Verödungserscheinungen in der Landeshauptstadt geführt. Nicht zuletzt sind im Zuge der wirtschaftlichen Expansion und der dadurch bedingten Mietsteigerungen und Umweltbeeinträchtigungen Teile der Wohnbevölkerung verdrängt worden. Diese Verdrängungsprozesse fanden insbesondere an den Brennpunkten des wirtschaftlichen Wachstums statt: So sind aus der Innenstadt bzw. den innenstadtnahen Bereichen – dem Schauplatz einer starken Flächenexpansion der gewerblichen Wirtschaft aber auch eines starken wirtschaftlich bedingten Ausländerzustroms – zwischen 1961 und 1974 ca. 47.500 Personen abgewandert.⁸

¹Vgl. Tab. V-1, Sp. 5.

²Zwischen 1950 und etwa 1970 sind die Bodenpreise um ca. 2000 % gestiegen. Aufgrund von Bodenpreissteigerungen allein sind "vom 1.1.1957 bis 31.12.1966 495 Millionen DM an Steuergeldern zusätzlich einer Handvoll privater Grundeigentümer zugeflossen und damit den öffentlichen Investitionen entzogen worden". (H.J. Vogel, Rettet unsere Städte jetzt! abgedr. in: Neue Schriften des deutschen Städtetages, Heft 28, Köln 1971, S. 78 f).

³Die überproportional steigenden Kosten für kommunale Leistungen einer Großstadt verschärfen noch die relativ ungünstige Kostenentwicklung im öffentlichen Sektor. Der Index für das Bruttosozialprodukt der BRD für 1972 wurde mit 148 und für den Staatsverbrauch mit 190 (1962 gleich 100) ermittelt; (vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; "Mut zur Stabilisierung", Jahresgutachten 1973 - 74, Stuttgart 1973, Seite 262). Der Index für die Preisentwicklung des Bruttosozialproduktes kann als Näherungswert für die Preisentwicklung des Bruttoinlandsproduktes der Landeshauptstadt München angesehen werden; der Preisindex für den Staatsverbrauch dürfte angesichts der überproportionalen Kostensteigerungen für kommunale Leistungen im Großstadtbereich als Näherungswert eher zu niedrig liegen.

⁴Dies ist allerdings nicht nur eine Frage der quantitativen Finanzausstattung der Kommune, sondern auch der Anlastung von Wachstumskosten bei den Verursachern.

⁵Vgl. Kap. IX, Infrastruktur.

⁶Von 1961 bis 1974 nahm die Zahl der Einzelhandelsläden in München um ca. 30 % ab.

⁷Durch den Bevölkerungszuwachs zwischen 1961 und 73 ist bei Zugrundelegung der heutigen Pkw-Dichte der Bestand an Kraftfahrzeugen in der Landeshauptstadt um etwa 70.000 gestiegen; zu den davon ausgehenden Umweltbeeinträchtigungen müssen noch die Belastungen des gewachsenen Wirtschaftsverkehrs, die Schadstoffemissionen der zusätzlichen Arbeitsplätze und die zusätzlichen Belastungen im Entsorgungsbereich gerechnet werden.

⁸Vgl. Kap. I, Bevölkerung.

Die Beeinträchtigung der städtischen Lebensbedingungen hat auch maßgeblich zu den Abwanderungstendenzen – insbesondere der mobileren und wohlhabenderen Bevölkerungsgruppen – über die Stadtgrenzen hinaus beigetragen.¹ Diese Abwanderungstendenzen tragen den Keim einer sozialen Erosion der Landeshauptstadt in sich. Durch die Abwanderung gehobener Einkommensschichten verschlechtert sich die Finanzsituation (kommunale Anteile an der Einkommensteuer), während der soziale Bedarf relativ wächst und der städtische Investitionshaushalt auch von Abwandernden weiter beansprucht wird. Die Befriedigung des sozialen Bedarfs wird erschwert und kann die Abwanderung der weniger Bedürftigen bis zu einem kumulativen Prozeß steigern, wie nordamerikanische Erfahrungen eindringlich zeigen.

Faßt man die Kosten des stürmischen Wachstums für die Münchner Bevölkerung zusammen, so wird eindringlich die allgemeine Feststellung belegt, daß schnelles Wirtschaftswachstum in hochverdichteten Städten – wenn es von einem starken Arbeitsplatzwachstum und Bevölkerungszustrom begleitet ist – in der Regel lediglich für die Menschen zusätzlichen Wohlstand bringt, die außerhalb der Grenzen dieser Städte leben.

3. Status-quo-Prognosen zur künftigen wirtschaftlichen Entwicklung

Die folgenden Status-quo-Prognosen gehen von der Annahme aus, daß keine grundsätzlich anderen als die bisherigen wirtschaftspolitischen Einflußnahmen erfolgen. Sie stellen deshalb nicht notwendig Ziele der Stadtentwicklung dar.

3.1 Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung

Das künftige städtische Wirtschaftswachstum wird – wegen ausgeprägten Verflechtungen der Landeshauptstadt München mit dem deutschen Wirtschaftsraum und ihrer starken Exportorientierung² – maßgeblich geprägt durch die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und auf den Weltmärkten. Nach weitgehend übereinstimmenden Prognosen kompetenter Forschungsinstitute und offizieller Stellen ist künftig im Vergleich zur Vergangenheit mit einem deutlich reduzierten Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland zu rechnen³, Dafür sprechen vor allem folgende Entwicklungstendenzen:

¹ Bei der Abwanderung aus City und INRA und der Landeshauptstadt München überhaupt haben außer städtischen Wachstumsdruck sicherlich auch eine Rolle gespielt: wachsende Wohnansprüche (Flächen, neuere Bausubstanz, die leichter bzw. billiger, außen zu finden waren) zunehmende Ansprüche an das Freizeitangebot im Zuge der Arbeitszeitverkürzung (Drang nach außen) verbesserte Verkehrsbedingungen zu Außenbezirken und Umland steigende Konkurrenzfähigkeit der Wohngemeinden um Wohnbürger im Zuge der Gemeindefinanzreform (kommunaler Anteil an der Einkommensteuer). Allerdings besteht nach umfangreichen empirischen Untersuchungen für die USA (entsprechende Arbeiten für die BRD fehlen bedauerlicherweise) ein enger Zusammenhang zwischen städtischer Abwanderung und Arbeitsplatzwachstum; auch die relative Zunahme der Arbeitsplätze im sekundären Bereich wirkte nach diesen Analysen abwanderungsverstärkend (vgl. TROTT, Ch.E., Different Responses in the Decision to Migrate, Papers of the Regional Science Association, vol 28 (1972), S. 203 f. insb. S. 214 f.).

² Die Exportquote der Münchner Industrie liegt mit ca. 26 % (1973) um etwa 4%-Punkte über dem Durchschnitt der Bundesrepublik (vgl. Statistisches Handbuch der Landeshauptstadt München 1975, S. 295 und Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik, 1974, S. 229). Von dieser Exportverflechtung sind auch die wirtschaftlichen Folgebereiche der Industrie betroffen.

³ Prognos rechnet mit einer Abschwächung des realen Wirtschaftswachstums von 4,6 % p.a. (1960 — 1973) auf etwa 3,4 % (vgl. Prognos, Überarbeitung der sektoralen Beschäftigungsprognose in der Stadt und im Raum München bis 1985, Basel 1975, S.4); zu vergleichbaren Prognoseergebnissen gelangen: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB): 3,8% vgl. a.a.O. S. 253; Weltwirtschaftliches Institut, Kiel: 3,8% bis 1 980, vgl. Die Weltwirtschaft, Heft 1, 1974, S.67; Bundesfinanzministerium: 3,7 % bis 1978, vgl. Finanzbericht 1975 des Bundesministeriums für Finanzen, S. 118; Ifo- Institut München nachrichtlich: 2,75 — 4 %.

verlangsamtes Wachstum des Produktionspotentials¹ abgeschwächtes Produktivitätswachstum der deutschen Wirtschaft², zunehmende Bindung von Investitionsmitteln für den Umweltschutz; Erschwerung der Umweltbeanspruchung für Produktionszwecke durch Umweltschutzaufgaben³, Rohstoffverknappung (Wachstumsverluste bei Preissteigerungswelle für Rohstoffe).⁴ "steigende Marktmacht der Lieferländer im internationalen Wettbewerb um Standorte der rohstoffverarbeitenden Industrie"⁵, Verlagerungstendenzen der Industrien mit hoher Arbeitsintensität und relativ geringem Qualifikationsniveau ins Ausland (Lohngefälle)⁶, partielle Stagnationstendenzen, bedingt durch Bevölkerungsstagnation und das Erreichen von Sättigungsgrenzen beim Pro-Kopf-Verbrauch⁷

Diese Faktoren, die gesamtwirtschaftlich abgeschwächtes Wirtschaftswachstum erwarten lassen, schlagen zwangsläufig auch auf Münchens Wirtschaft durch. Deshalb ist damit zu rechnen, wie im folgenden detailliert dargelegt wird, daß sich das Produktionswachstum, die gewerbliche Flächenexpansion und die Arbeitsplatzentwicklung gegenüber der Vergangenheit (etwa 1961 - 73) deutlich verlangsamen werden.

3.2 Prognosen zur Arbeitsplatzentwicklung

Eine Prognose der Arbeitsplatzentwicklung hat außer den beschriebenen gesamtwirtschaftlichen und den speziellen städtischen Einflüssen zu berücksichtigen, daß wegen rückläufiger Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland⁸ und einer restriktiven Anwerbspolitik für ausländische Arbeitnehmer⁹ die Erwerbsbevölkerung im Inland sinkt oder zumindest nicht mehr wesentlich wächst. In einzelnen Regionen der Bundesrepublik Deutschland, wie etwa der Region 14 bzw. der Landeshauptstadt München wird die Beschäftigung nur noch im Maße von

- inländischen Wanderungen
- Pendlerwanderungen bzw.
- durch steigende Erwerbsquoten zunehmen können.

So begrenzt – neben einem verlangsamten Wirtschaftswachstum – auch die Entwicklung des Erwerbstitelpotentials das Arbeitsplatzwachstum in der Region 14 im kommenden Jahrzehnt deutlich unterhalb der Zuwächse in den 60er Jahren, weil:

- die Nord-Süd-Wanderung in der Bundesrepublik verlangsamte Entwicklungstendenzen zeigt¹⁰
- die Einpendler in der Region 14 vermutlich nicht deutlich zunehmen¹¹
- die Erwerbsquoten in Stadt und Umland insgesamt nicht wesentlich steigen werden¹²

¹ Zumindest bis 1980, vgl.: abgeschwächtes Wachstum des Produktionspotentials, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 12/74 41. Jg

² IAB, a.a.O. Seite 261 (gegenüber einem Produktivitätswachstum von 4,7 % im Zeitraum 1960/70 prognostiziert IAB zwischen 3,5 und 3,7 % Produktivitätswachstum bis 1990)

³ vgl. Finanzbericht des Bundesministeriums für Finanzen 1975, S. 117 und IAB, a.a.O. S. 251

⁴ wie sich aus Berechnungen des IFO-Instituts ableiten läßt, war die Steigerung der Importpreise zwischen 1972 und 74 (Energiekrise) gleichbedeutend mit einer Produktionseinbuße in Höhe von ca. 1 5 % des Exports von 1972 (m.a.W. die Bundesrepublik Deutschland hätte 1974 15 % mehr exportieren müssen als 1972, um die gleiche Menge an Importgütern dafür zu erhalten). Diese Einbuße entspricht nach Berechnungen des Stadtentwicklungsreferates einem Wachstumsverlust von 3,6 % des Bruttosozialproduktes. vgl. IFO-Schnelldienst vom 11.4.1975, S. 4.

⁵ Prognos a.a.O. Seite 3

⁶ eda. Seite 2

⁷ Z.B. im Fahrzeugbau, bei elektrotechnischen Haushaltsgütern, Wohnungsbau, Branchen also, die z.T. zum bisherigen Wachstum wesentlich beigetragen haben (vgl. Prognos S. 3).

⁸ Das Bundesraumordnungsprogramm rechnet für das Bundesgebiet mit einem Bevölkerungsverlust, der bis 1985 allein durch Geburtenrückgang 1,6 Mio, durch Verluste aus der Außenwanderung sogar auf 3 Mio anwachsen kann. Vgl. Kap. I/1-3

⁹ Durch die EG-Assoziation der Türkei (geplant zwischen 1976 und 85) würde allerdings wieder ein verstärkter Zustrom ausländischer Arbeitnehmer (Türken) einsetzen.

¹⁰ nach Untersuchungen des Amtes für Statistik und Datenanalyse; Prognos (Beschäftigungsprognose in der Stadt und im Raum München bis 1985, Basel 1975) prognostiziert einen Bevölkerungszuwachs in der Region 14 von nur ca. 9.000 von 1974 bis 1985 (a.a.O. S. 7).

¹¹ Nach Untersuchungen des Amtes für Statistik und Datenanalyse.

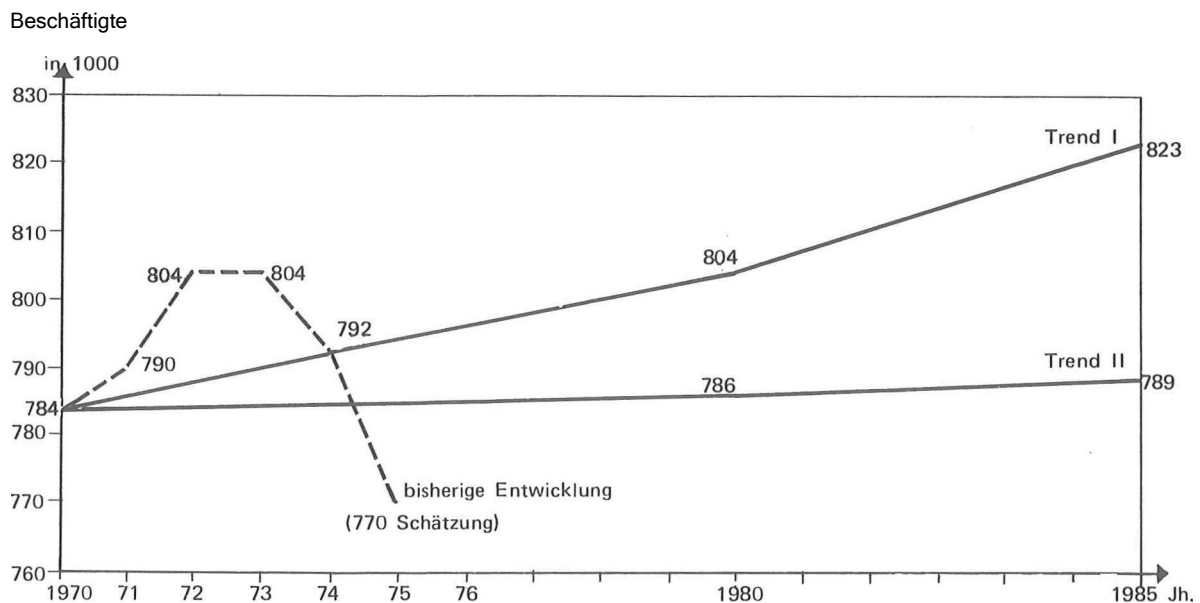
¹² Vgl. Tab. V-5, Abschnitt 2 zur Entwicklung der Erwerbsquoten in München; die Erwerbsquote im Umland steigt vermutlich, fällt aber nicht so sehr ins Gewicht, daß sie die Erwerbsquote der Region 14 insgesamt wesentlich ändern würde.

3.2.1 Arbeitsplatzentwicklung in München bis 1985

Die aufgrund der neueren weit- und binnenwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen überarbeitete Arbeitsplatzprognose der Firma PROGNOSE von 1973 für die Region 14 (Stadt und Umland) läßt unter pessimistischen bzw. optimistischen Annahmen einen Zuwachs von 5.000 bzw. 39.000 Arbeitsplätzen in der Landeshauptstadt München zwischen 1970 und 1985 erwarten.¹ Dabei wird angenommen, daß sich die prognostizierten Beschäftigungszuwächse zu etwa gleichen Teilen auf die ersten beiden Drittel (1970 - 1980) und das letzte Drittel (1980 - 1985) des Prognosezeitraums verteilen (vgl. Diagr. V - 1); d.h., daß bis etwa 1980 im Durchschnitt geringere Wachstumsimpulse für die Beschäftigung in München zu erwarten sind als 1980 bis 1985.

Diagr. V - 1

Prognose der Beschäftigtenentwicklung 1970 - 1985



Für die Entwicklung des Pendlersaldos zwischen Stadt und Umland impliziert diese Prognose einen Zuwachs gegenüber 1970² zwischen 8.000 (20.000) und 26.000 (54.000) bis 1980 (1985)³.

Da zwischen 1970 und 1974 die Arbeitsplätze in München um ca. 8.000 zugenommen haben (vgl. Tab. V-1, Sp. 8), verbleibt unter optimistischen Annahmen ein Arbeitsplatzzuwachs zwischen 1974 und 1980 (1985) von ca. 12.000 (31.000); unter pessimistischen Annahmen muß zwischen 1974 und 1980 (1985) mit einem Arbeitsplatzrückgang von ca. 6.000 (3.000) gerechnet werden (vgl. Tab. V-6 und Diagr. V-1).

¹ PROGNOSE, Überarbeitung der sektoralen Beschäftigungsprognosen in der Stadt und im Raum München bis 1985, Basel im April 1975; vgl. Tab. V-6, V-7 sowie V-11 und V-12.

² Letzter Zeitpunkt einer amtlichen Zählung.

³ Da die erwerbstätigen Stadtbewohner von 685.000 (gemäß Volkszählung 1970) auf 679.000 (670.000) bis 1980 (1985) abnehmen (vgl. Tab. V-5) und die Arbeitsplätze nach Prognos bis 1980 (1985) um 2.000 (5.000) bis 20.000 (39.000) wachsen errechnen sich die o.a. Zuwächse des Pendlersaldos gegenüber 1970; (Pendlersaldo 1970: 119.000 gem. amtlicher Zählung).

Tabelle V - 5

Prognose der Erwerbstätigkeit**1. Erwerbspersonen (in 1000)**

	1973	1 975	1980	1985
Erwerbspersonen Gesamt	709	689	679	670
davon Deutsche	527	509	493	481
darunter männl. weibl.	307 220	299 220	269 225	256 225
davon Ausländer	182	180	186	189
darunter männl. weibl.	138 44	138 42	147 39	152 37
davon Männer	445	427	416	408
davon Frauen	264	262	264	262

2. Erwerbsquoten

Erwerbsquote % Gesamt	93,1	52,6	53,2	53,5
davon Deutsche	47,7	47,1	47,1	47,1
darunter männl. weibl.	62,2 36,0	61,8 36,1	61,0 37,0	61,5 37,2
davon Ausländer	79,3	78,4	81,1	81,8
darunter männl. weibl.	87,5 61,4	85,7 61,5	88,7 61,0	89,1 61,1
davon Männer	68,3	67,5	68,6	69,5
Frauen	38,7	38,6	39,3	39,4

Grundlage: Zielprognose der Bevölkerungsentwicklung (vgl. Kap. I, Bevölkerung) Erwerbsquotenstruktur 1970.

Die angegebenen Margen – ca. – 6.000 (–3.000) bis ca. + 12.000 (+31.000) – für die Beschäftigtenentwicklung 1974 – 1980 (1985) liegen durchaus in der Größenordnung von konjunkturellen Ausschlägen. Schon bei einer 1,5 %igen (4 %igen) Beschäftigungszunahme, die auch durch eine kurzfristige Konjunkturbelebung (Hochkonjunktur) hervorgerufen werden kann, ist der optimistische Prognosewert für 1980 (1985) erreicht; es bedarf gar nur eines Beschäftigungsrückganges von 1 % (0,5 %) gegenüber 1974, um den Eckwert der pessimistischen Prognosevariante für 1980 (1985) zu erreichen. Es darf deshalb und aufgrund der Erfahrungen der letzten 5 Jahre (vgl. Diagr. V-1) nicht erwartet werden, daß die konjunkturelle Entwicklung stets innerhalb der Bandbreite der beiden Prognosevarianten verläuft.

Obwohl mit einer rückläufigen Erwerbsbevölkerung bis 1985 zu rechnen ist (ca. - 30.000 gegenüber 1974¹, zeichnet sich längerfristig wegen der relativ schwachen Entwicklungstendenzen des Arbeitsplatzangebotes ein entspannter Arbeitsmarkt in der Landeshauptstadt ab, der deutlich von konjunkturellen Bewegungen geprägt sein dürfte². Zur Abschätzung der über konjunkturelle Beschäftigungsprobleme hinaus womöglich entstehenden strukturellen Arbeitsmarktprobleme muß die Status-quo-Prognose sektoral nach Wirtschaftsabteilungen und zwar für den Wirtschaftsraum München insgesamt (Region 14) betrachtet werden, weil dieser Raum einen eng verflochtenen Arbeitsmarkt aufweist.

3.2.2 Beschäftigtenprognose für München im regionalen Zusammenhang

a) Arbeitsplatzprognose nach Wirtschaftsabteilungen

Gemessen am Arbeitsplatzbestand von 1974 läßt die Arbeitsplatzprognose für 1985, wie Tab. V-6 zeigt, Zuwächse im Bereich Kredit/Versicherungen und auch im Baugewerbe³ erwarten. Prozentual stärkere Beschäftigungsrückgänge müssen dagegen nur für den Handel angenommen werden. Für die anderen Wirtschaftsabteilungen zeichnen sich nach der Prognose keine bedeutsamen Bestandsveränderungen ab⁴,

Im Bereich der verarbeitenden Industrie ist nach der Prognose mit einer stagnierenden bzw. einer prozentual leicht rückläufigen Entwicklung zu rechnen⁵. Aufgrund der nach wie vor günstigen Industriestruktur der Landeshauptstadt München⁶, und der prognostizierten expansiven Entwicklungstendenzen im Umland erscheint die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe über den Prognosezeitraum unter strukturellen Aspekten nicht sehr gefährdet⁷.

¹Vgl. Tab. V-5 (für das Jahr 1974 wird hier ein Mittelwert aus den Daten für 1973 und 1975 angenommen).

²In der Vergangenheit (1961 bis 1970) hat sich die Entwicklung der Arbeitsplätze von der Entwicklung der Erwerbsbevölkerung doppelt so stark abgehoben, wie im Prognosezeitraum (1974 bis 1985) selbst unter optimistischen Prognoseannahmen zu erwarten ist (nach Berechnungen des Stadtentwicklungsreferates).

³Eine solche Entwicklung ist entgegen dem ersten Augenschein plausibel, wenn man sich die städtebaulichen Aufgaben des kommenden Jahrzehnts (Modernisierung, Sanierung, Infrastrukturausbau) vor Augen hält; allerdings setzt dies eine Verbesserung der öffentlichen Haushaltslage voraus.

⁴Abgesehen von den nach Absolutwerten geringen Rückgängen in der Landwirtschaft bzw. den absolut ebenfalls geringen Zuwächsen im Bereich Energie.

⁵Rückgang in beinahe dieser Größenordnung ist 1975 gegenüber 1974 im Zuge konjunktureller und saisonaler Abschwächung zu erwarten (vgl. Tab. V-2); unter den Annahmen der Prognosevariante II wird dieser Beschäftigungsrückgang über den Prognosezeitraum nicht mehr wettgemacht.

⁶Vgl. Tab. V-13;

⁷Trotz rückläufiger bzw. stagnierender Industriebeschäftigung in der BRD erscheinen optimistische Annahmen für die Münchner Industrie aufgrund ihrer günstigen Struktur durchaus angebracht (ca. 134.000 der 188.000 Industriearbeitsplätze der LHM im Jahr 74 gehören Industriebereichen an, für die auch künftig positive Arbeitsplatzwachstumsraten in der BRD erwartet werden, nur etwa 54.000 Arbeitsplätze befinden sich in Bereichen, für die gesamtwirtschaftlich ein Beschäftigungsrückgang erwartet werden muß), überträgt man die Tendenz in der BRD auf die LHM, dann zeigt sich eine günstige Industriestruktur in München mit tendenziellem Arbeitsplatzwachstum (vgl. Tab. V-13); darüber hinaus ist noch die relativ hohe Attraktivität des Münchner Raums zu berücksichtigen (vgl. PROGROS 75 a.a.O.).

Tabelle V – 6

**Arbeitsplatzentwicklung 74/85 (bzw. 70/85) nach Wirtschaftsabteilungen,
Landeshauptstadt München und Umland.**

Wirtschaftsbereiche	LHM 74/85 (74/85%)				Umland 70 ¹ /85	
	Var. I	(%)	Var. II	(%)	Var. I	Var. II
0 Landwirtschaft	200	9,1	200	9,1	25.000	24.000
1 Energie	+ 600	+ 11,1	+ 600	+ 11,1	+ 1.000	+ 1.000
2 Verarb. Gewerbe	+ 5.100	+ 2,0	- 9.900	- 3,9	+ 22.000	+ 12.000
3 Bau	+ 10.300	+ 15,2	+ 7.300	+ 10,8	+ 3.000	+ 1.000
4 Handel	- 7.200	- 6,4	- 8.200	- 7,2	+ 12.000	+ 10.000
5 Verkehr/Nachr.	+ 1.400	+ 2,3	+ 400	+ 0,7	+ 5.000	+ 2.000
6 Kredit/Vers.	+ 9.400	+ 20,6	+ 8.400	+ 18,4	+ 5.000	+ 4.000
7 Dienste	+ 5.100	+ 4,4	+ 2.100	+ 1,8	+ 12.000	+ 10.000
8/9 Organis. ohne Erwerbscharakter und Staat	+ 6.900	+ 5,3	- 3.100	2,4	+ 18.000	+ 17.000
Veränderung 74/85	+ 31.400	+ 4,0	- 2.600	- 0,3		
Veränderung 70/85	+ 39.000		+ 5.000		+ 53.000	+ 33.000

Quelle: PROGNOSE, a.a.O., i.V. mit Münchner Arbeitsplatzdaten für 1974 (nach Wirtschaftsabteilungen) vom Amt für Statistik und Datenanalyse (Schätzungen aufgrund von Fortschreibungen der AZ 1970).

Obwohl die längerfristigen Wachstumstendenzen im Baugewerbe nach beiden Prognosevarianten deutlich expansiv sind, müssen die Beschäftigungsprobleme der Bauwirtschaft zumindest auf kurze und mittlere Sicht als relativ gewichtig angesehen werden, da:

die Beschäftigungseinbrüche im Baugewerbe in den letzten Jahren absolut und relativ sehr stark ausgeprägt waren (vgl. Tab. V-2) und zu relativ hoher Arbeitslosigkeit geführt haben² auf kurze und mittlere Sicht wenig Aussichten auf eine Belebung bestehen (Abhängigkeit der Stadtsanierung, Modernisierung und des Infrastrukturausbaus von der mittelfristig prekären öffentlichen Haushaltslage; relativ geringe Impulse durch die prognostizierte Arbeitsplatzentwicklung für das Baugewerbe im Umland, vgl. Tab. V-6). Unter der Voraussetzung, daß sich die verschiedentlich innerhalb weniger Jahre erwartete Verbesserung der öffentlichen Finanzausstattung (Steuererhöhung) einstellt und die städtebaulichen Aufgaben verstärkt wahrgenommen werden, erscheinen die prognostizierten Zuwächse im Baugewerbe auch schon für das Ende der 70er Jahre plausibel. Die nach beiden Prognosevarianten deutlich rückläufige Beschäftigung im Handel ist erwartungsgemäß z.T. auf die wachsende Relation: Flächen/Arbeitskraft im Handel (weniger Arbeitskräfte betreuen größere Verkaufsflächen und Umsätze)

¹Neuere Zahlen für das Umland nach Wirtschaftsabteilungen nicht verfügbar.

²Wahrscheinlich ist auch der größere Teil der gegenwärtig arbeitslosen Büroberufe (ca. 9.500 in der LHM und im LK München gern. Statistik der Arbeitsvermittlung, Bundesanstalt für Arbeit, nicht veröffentlicht) dem Baugewerbe zuzurechnen.

zurückzuführen. In dieser Entwicklung äußern sich vor allem die tendenzielle Zunahme der flächenextensiven Vertriebsformen¹ und Kaufkraftverlagerungen im Zuge von Bevölkerungswegzügen (für den Prognosezeitraum wird eine starke Zunahme des Handels im Umland vorausgesagt, vgl. Tab. V-6). Die freigesetzten Arbeitskräfte im Handel treffen jedoch erwartungsgemäß auf einen aufnahmefähigen Arbeitsmarkt in Stadt und Umland²

Das Kredit- und Versicherungsgewerbe wird nach beiden Prognosevarianten in der Zukunft von allen Wirtschaftsabteilungen am stärksten zunehmen. Dadurch wird die besondere Rolle des Kredit- und Versicherungsgewerbes in München unterstrichen³

Unter optimistischen Annahmen weisen auch noch sonstige Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbscharakter und Staat Wachstumstendenzen auf, stagnieren aber unter pessimistischen Annahmen. Ein Rückgang der Wirtschaftsbereiche 8 und 9 (Organisationen ohne Erwerbscharakter und Staat) ist allerdings sehr unwahrscheinlich. Da die Beschäftigungszuwächse im öffentlichen Bereich, wie sie für 1970 – 1985 prognostiziert werden, schon 1974 weitgehend bzw. vollständig stattgefunden haben (vgl. Tab. V-11), muß die Prognose für diese Bereiche als sehr vorsichtig angesehen werden⁴,

b) Arbeitsplatzprognose nach Sektoren (Zusammenfassung)

Faßt man die Arbeitsplatzprognose für Stadt und Umland⁵ nach Sektoren zusammen (vgl. Tab. V-7) – wozu auch neuere Daten (1974) für die sektorale Beschäftigung im Umland verfügbar sind⁶ – dann zeigt sich:

Tabelle V-7

Arbeitsplatzentwicklung nach Sektoren für Landeshauptstadt München und Region 14
(alle Werte in 1000)

Wirtschaftssektoren	LH M		Umland		Region 14	
	1974/1985		1974/1985		1974/1985	
	I	II	I	II	I	II
Primärer Sektor ⁷	- 0,2	- 0,2	- 16	- 15	- 16,2	- 15,2
Sekundärer Sektor	16,0	- 2,0	44	32	60,0	30,0
Tertiärer Sektor	15,6	- 0,4	31	22	46,6	21,6
Gesamt	31,4	- 2,6	59	39	90,4	36,4

Quelle: PROGNOSE, a.a.O., zählen für 1974 (Arbeitsplätze in Stadt und Umland) geschätzt vom Amt für Statistik und Datenanalyse der Landeshauptstadt München auf der Grundlage der fortgeschriebenen AZ 70.

¹ D.h. es besteht die Gefahr, daß Verbrauchermärkte weiter Vordringen — mit all ihren schädlichen Konsequenzen für die Zentrenentwicklung und eine stadtbelebende Angebotsstruktur, vgl. auch Kap. III, Abschnitt 1.3

² Vgl. Tab. V-6 und im f. Abschnitt a

³ Von allen Wirtschaftsabteilungen in der Landeshauptstadt München besitzt das Kredit- und Versicherungsgewerbe nach der AZ 70 den höchsten Beschäftigtenanteil im Verhältnis zu allen Beschäftigten (Bundesrepublik Deutschland in der gleichen Wirtschaftsabteilung; vgl. Stat. Handbuch, Landeshauptstadt München 1975, S. 473).

⁴ Bei Berücksichtigung der jüngsten Entwicklung und der vom Institut für Arbeits- und Berufsforschung vorgelegten Beschäftigtenprognosen für die Bundesrepublik Deutschland sowie pessimistisch modifizierenden Annahmen (Produktions-Wachstumsrate für München 2,5% p.a.) errechnet sich ein Zuwachs von 17.800 Beschäftigten in diesem Bereich zwischen 1974 und 1985 (Berechnungen des Stadtentwicklungsreferates).

⁵ PROGNOSE, a.a.O.

⁶ Schätzungen des Amtes für Statistik und Datenanalyse (entsprechende Schätzungen nach Wirtschaftsabteilungen sind nicht gleichermaßen zuverlässig möglich).

⁷ Prognosedaten für das Umland nach Berechnungen des Stadtentwicklungsreferates auf der Grundlage Beschäftigtenprognose 1970 - 1985 (PROGNOSE, a.a.O.).

Strukturelle Arbeitsmarktprobleme der Region 14 sind bei sektoraler Betrachtung nur im Bereich des primären Sektors zu erwarten, ausgehend von Beschäftigungsrückgängen im Umland.

Der sekundäre und tertiäre Sektor (die allein für die Beschäftigten in München quantitativ bedeutsam sind), zeigen im Umland nach beiden Prognosevarianten deutlich expansive Tendenz. (Die Prognosedaten implizieren allerdings, daß die Beschäftigungseinbrüche im sekundären Sektor, die nach amtlichen Schätzungen¹ auch im Umland zwischen 1970 und 1974 stattgefunden haben, wieder aufgeholt und um die für 1970 bis 1985 prognostizierten Zuwächse² übertroffen werden).

Wenn sich die erwarteten Expansionstendenzen im Umland durchsetzen, wird wegen der Entlastungswirkung für den Münchner Arbeitsmarkt die Lösung der bestehenden und prognostizierten strukturellen Beschäftigungsprobleme einzelner Wirtschaftsabteilungen in der Landeshauptstadt erleichtert.

Besonders beschäftigungsstabil erscheint der tertiäre Sektor, weil er von Beschäftigungsrückgängen in den letzten Jahren kaum betroffen war (vgl. Tab. V-2) und in der Region 14 nach beiden Prognosevarianten deutlich expansive Tendenzen aufweist.³

Unter pessimistischen Annahmen (Variante II) sind die Expansionstendenzen der Arbeitsplatzentwicklung im gesamten Wirtschaftsraum jedoch so schwach ausgeprägt (ca. + 36.000 1974/85), daß dadurch u.U. entstehende konjunkturelle Beschäftigungsschwankungen nicht abgefangen werden können. Unter optimistischeren Annahmen der Variante I ist die Arbeitsplatzentwicklung im Wirtschaftsraum München allerdings deutlich expansiv bei gleichzeitig vermindertem Beschäftigungsrisiko in Stadt und Umland. Welche Entwicklung tatsächlich dominieren wird, kann nicht vorausgesagt werden; es ist lediglich anzunehmen, daß der Entwicklungstrend im wesentlichen zwischen den Varianten I und II verlaufen wird.

3.3 Status-quo-Prognose zur Entwicklung zentrenbedeutsamer Funktionen

3.3.1 Arbeitsplätze

Im Hinblick auf die Förderung der geplanten Stadtteilzentren⁴ sind publikumsorientierte Arbeitsplätze als zentrenfördernd

nicht publikumsorientierte Büroarbeitsplätze als zentrenbedeutsam, zumindest nicht zentrenschädlich

nicht publikumsorientierte gewerbliche Arbeitsplätze in der Regel als zentrenschädlich⁵ anzusehen.

Da neue Büroarbeitsplätze in aller Regel die Ansiedlung von publikumsorientierten Arbeitsplätzen nach sich ziehen und damit die Tragfähigkeit von Zentren erhöhen, sind auch nicht publikumsorientierte Büroarbeitsplätze als Potential zur Entwicklung der geplanten Stadtteilzentren zu betrachten.

¹ Amt für Statistik und Datenanalyse der Landeshauptstadt München.

² Vgl. Tab. V-11.

³ Hinzu kommt, daß die Prognose für den öffentlichen Bereich in München als sehr vorsichtig angesehen werden muß (vgl. Abschnitt a, S. V-21)

⁴ Vgl. Kap. III, Polyzentrische Stadtentwicklung.

⁵ Da in der Regel Verkehrs- und umweltbelastend, großflächig und von der Baumasse her schwer zu integrieren.

Im Zeitraum 1974 - 1985 wachsen der Landeshauptstadt München bei positiver Erwartung insgesamt ca. 17.000 zentrenbedeutsame Arbeitsplätze zu, davon ca. 13.000 im tertiären Sektor (vgl. Tab. V-8). Diese Arbeitsplatzzuwächse sind bei gemäßigt optimistischen Annahmen¹ als Entwicklungspotential für eine polyzentrische Stadtentwicklung anzusehen.

3.3.2 Verkaufsflächen

Für den Ausbau der Versorgungsfunktionen in den geplanten Stadtteilzentren² ist die Verkaufsflächenentwicklung als wesentliche Größe anzusehen. Unter dem Aspekt der Steuerungsmöglichkeiten kommt es vor allem auf die Verkaufsflächenzuwächse an: Vorsichtige Vorausschätzungen der Verkaufsflächenentwicklung im Einzelhandel für den Zeitraum ab 1974 ergaben³ einen Zuwachs von 39.000 qm (142.000 qm) bis 1980 und von 95.000 (269.000 qm) bis 1985 unter der Annahme eines Wachstums des Bruttoinlandsprodukts der Landeshauptstadt München von 2,5 % p.a. (3,5 % p.a.). Bei einem Flächenbestand von derzeit ca. 1,1 Millionen (1974) bedeutet dies einen Netto-Flächenzuwachs bis 1985 in einer Marge zwischen 9 und 25 %, ein Flächenpotential, das durchaus einen entscheidenden Beitrag zur Zentrenbildung liefern kann.

3.4 Räumliche Entwicklungstendenzen

Im Zuge der zu erwartenden Bevölkerungsverschiebung, Kaufkraftverlagerung und relativen Zunahme des Arbeitskräftepotentials zugunsten der Außenbezirke der Stadt und des Umlands, findet künftig das Arbeitsplatzwachstum der Region 14 überwiegend im Umland Münchens statt (vgl. Tab. V-6 und 7)⁴

Innerhalb der Landeshauptstadt dürfte ein Zuwachs an Beschäftigten im sekundären Sektor nach Überwindung der gegenwärtigen Rezession wenigstens z.T. Arbeitsplätze auffüllen, die vorübergehend (konjunkturell bedingt) unbesetzt sind. Der Beschäftigtenzuwachs dürfte also zunächst im Bereich bestehender Betriebe ohne wesentliche Flächenzuwächse erfolgen. Bei erneutem Arbeitsplatzzuwachs im sekundären Sektor (vgl. Kap. V-6, Variante I) und für das Standortverhalten mobiler Betriebe ist zu erwarten, daß sich der in der Vergangenheit wirksame Trend zugunsten der Außenbezirke der Stadt fortsetzt⁵.

Für den tertiären Bereich, d.h. auch für Arbeitsplätze der Angestellten- und Beamtenberufe, kommen aufgrund der Bevölkerungsverschiebung innerhalb der Stadt und zwischen Stadt und Umland⁶ tendenziell, neben einer (unerwünschten)⁷ weiteren Konzentration in der Innenstadt und den Innenstadtrandgebieten⁸, im zunehmenden Maße Standorte in Außenbezirken in Frage. Dazu trägt neben einer Orientierung tertiärer Betriebe an den bevorzugten Wohnstandorten ihrer Arbeitskräfte auch die sich abzeichnende Kaufkraftverlagerung in die Außenbezirke und über die Stadtgrenzen hinaus, bei⁹.

¹ Nach der "optimistischen" Prognose; nach der "pessimistischen" Variante — gegen die allerdings eigene Berechnungen sprechen — ist kein Zuwachs zu erwarten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß für den Zuwachs an Arbeitsplätzen die gleiche Relation (Zentrenbedeutsame Arbeitsplätze : Arbeitsplätze insgesamt) unterstellt wurde, wie für den Bestand 1974. Da angenommen werden muß, daß die zentrenbedeutsamen Arbeitsplätze relativ stärker zunehmen, ist die o.a. Prognose vorsichtig, auch wenn sie auf Variante I beruht.

² Vgl. Kap. III, Polyzentrische Stadtentwicklung.

³ Berechnungen des Stadtentwicklungsreferates auf der Grundlage der Bevölkerungsentwicklung (Zielprognose STEPL vgl. Kap. I) und Vorausschätzung der einzelhandelsrelevanten Kaufkraft, in Zusammenarbeit mit IHK und Einzelhandelsverband.

⁴ Diese Entwicklungstendenzen werden auch dadurch unterstrichen, daß in den letzten drei Jahren (1972 - 1974) erstmals seit dem Krieg negative Wanderungssalden der deutschen Erwerbstätigen für München zu verzeichnen sind (nach Untersuchungen des Amtes für Statistik und Datenanalyse).

⁵ Vgl. Abschn. 2.3 dieses Kapitels

⁶ Vgl. Kap. I und Abschnitt 2.3 dieses Kapitels.

⁷ Vgl. Kap. III, Polyzentrische Stadtentwicklung und Abschnitt 4.4 dieses Kapitels.

⁸ Zur Bedeutung der Standortfaktoren: repräsentative Geschäftslage, günstige Lage im ÖV-Netz, die im Innenstadtbereich gegeben sind, vgl. Tab. V-15.

⁹ Vgl. Tab. V-15, Sp. 2.

Tabelle V - 8

Beschäftigtenstruktur in München nach Wirtschaftsabteilungen, Arbeitsplatzveränderungen 1974 – 1985

Wirtschaftsabteilungen	Variante 1				Variante 11			
	Gesamt	nicht publ. orientiert und gewerbl.	Zentrenbedeutung		Gesamt	nicht publ. orientiert und gewerbl.	Zentren bedeutung	
			Büro	publ. orientiert			Büro	publ. orientiert
Land- und Forstwirtschaft	200	170	20	10	200	170	20	10
Energie und Wasser	+ 600	+ 220	+ 360	+ 20	+ 600	+ 220	+ 360	+ 20
Verarbeitendes Gewerbe	+ 5.100	+ 3.650	+ 1.250	+ 200	- 9.900	- 7.100	- 2.420	- 380
Verkehr und Nachrichten	+ 1.400	+ 670	+ 550	+ 180	+ 400	+ 200	+ 150	+ 50
Kreditinstitute und Vers.	+ 9.400	+ 380	+ 7.850	+ 1.170	+ 8.400	+ 330	+ 7.020	+ 1.050
Sonstige Dienstleistungen	+ 5.100	+ 1.280	+ 1.630	+ 2.190	+ 2.100	+ 520	+ 670	+ 910
Organis. ohne Erw.-Char. Gebietskörpersch. & Sozialv.	+ 6.900	+ 1.1.10	+ 5.160	+ 630	- 3.100	- 500	- 2.320	- 280
Insgesamt	+ 31.400	+ 14.610	+ 14.850	+ 1.940	- 2.600	- 1.620	+ 610	- 1.590

Quelle: Prognos-Gutachten; Schätzungen vom Amt für Statistik und Datenanalyse, Landeshauptstadt München; Berechnungen des Stadtentwicklungsreferates.

3.5 Probleme der zu erwartenden Entwicklung (unter status-quo-Bedingungen)

Da man – wie die Vergangenheit gezeigt hat – Arbeitsplatzzuwächse nicht ein für allemal mit einer Verbesserung der kommunalen Lebensbedingungen gleichsetzen kann, werden die Aussichten der Münchner Entwicklung durch ein verlangsamtes Arbeitsplatzwachstum nicht notwendig verschlechtert. Die sich abzeichnende Entwicklung zeigt vielmehr eine Reihe günstiger Aspekte:

Negative Auswirkungen des Arbeitsplatzwachstums¹ sind aufgrund der verlangsamten Entwicklungstendenzen weit weniger bedrohlich als bei Wachstumsraten, wie sie für die Vergangenheit (etwa bis 1973) typisch waren; insbesondere ist ein stürmisches Wachstum des sekundären Sektors, wie vor allem zwischen 1960 und 1970, nicht mehr zu erwarten, so daß die Integrationsfähigkeit der Stadt nicht mehr im gleichen Ausmaß wie früher zusätzlich belastet wird. Der tertiäre Sektor wird ebenfalls bedeutend weniger expansiv sein als früher, so daß der Veränderungsdruck auf die Innenstadt auch von daher nicht mehr so stark sein wird.

Das Bruttoinlandsprodukt, die Grundlage privater und kommunaler Einnahmen, wird trotz verlangsamter oder stagnierender Beschäftigungsentwicklung aller Voraussicht nach weiterhin deutliche Zuwächse aufweisen. Es wird (zwischen 1974 und 1985) bei zurückhaltender Schätzung real um ca. 30 - 45 % (von ca. 36 auf 47 bzw. 52 Mrd. DM) anwachsen.²

Dennoch hat die Landeshauptstadt München auch in der Zukunft mit gravierenden Problemen zu rechnen:

- a) Der Arbeitsmarkt in der Landeshauptstadt München wird künftig wesentlich entspannter sein als in der Vergangenheit; aus dieser Entwicklung resultiert jedoch nicht nur eine Abnahme des Wachstumsdrucks für München, sondern auch zunehmende Konjunkturanfälligkeit; d.h. die Gefahr einer unzureichenden Sicherheit des Arbeitseinkommens der ansässigen Arbeitnehmer. Diese Entwicklung wird verstärkt durch strukturelle Beschäftigungsprobleme, die wahrscheinlich kurz- und mittelfristig insbesondere im Baugewerbe und auch längerfristig ansatzweise im gewerblichen Sektor und vor allem im Handel auftreten werden³,
- b) Die Arbeitsplatzkonzentration (Verhältnis Arbeitsplätze zu Wohnbevölkerung) nimmt durch den in Kapitel I dargestellten Rückgang der Wohnbevölkerung zu. Schon allein dadurch (von ungewissen Arbeitsplatzzuwächsen größeren Ausmaßes abgesehen), steigt die Umweltbelastung der Tendenz nach (zunehmende Pendlerströme) (vgl. S. V-19).
- c) Da die Flächenansprüche der gewerblichen Wirtschaft auch künftig trotz verlangsamten Arbeitsplatzwachstums nach Berechnungen des Stadtentwicklungsreferates zwischen 1974 und 1985 um 3,5 bis 5,6 Mio qm anwachsen werden (vgl. Tab. V-14), muß weiterhin mit Nutzungskonflikten, d.h. Veränderungsdruck durch rentablere wirtschaftliche Nutzung gegenüber Wohnnutzung, gerechnet werden.

¹ Vgl. Abschn. 2.3 dieses Kapitels

² Bei Zugrundelegung realer BIP-Wachstumsraten von 2,5 bzw. 3,5 % p.a., die in Anbetracht aller kompetenten BSP-Prognosen als vorsichtig bezeichnet werden müssen. (Das verlangsamte Arbeitsplatzwachstum fällt für das künftige Produktionswachstum relativ wenig ins Gewicht, wie sich aus der Vergangenheitsentwicklung ablesen läßt: Zwischen 1961 und 1974 haben die Arbeitsplatzzuwächse nur etwa 23 % zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in München beigetragen, während der Rest auf Produktivitätssteigerungen zurückzuführen ist — vgl. Tab. V-1, Sp. 5 und Sp. 11).

³ Vgl. Abschn. 3.2

- d) Die Tendenz zur Nivellierung von Angebotsformen, der Beeinträchtigung von Originalität und Stadtgestalt sowie der Verödung der Innenstadt wird weiterhin wirksam sein, da die technologische Entwicklung auch künftig eine standardisierte Produktion (von Gütern, Diensten, Bausubstanz) begünstigt. Die Nivellierung des städtischen Lebens droht auch deshalb zuzunehmen, weil die sich abzeichnende Bevölkerungswanderung über die Stadtgrenzen hinweg durch einkommensstarke Gruppen bestimmt wird, während die einkommenschwächere Bevölkerung in München bleibt.¹ Es besteht weiter die Gefahr, daß mitwandernde Dienstleistungsbetriebe, die markt- bzw. arbeitsmarktorientiert sind, darüberhinaus die Differenziertheit des Angebots und der Angebotsformen (Gestaltqualität gewerblicher Flächen) in München verringern.² Außerdem ergeben sich durch die Bevölkerungsabwanderung negative Auswirkungen auf die städtische Finanzkraft.
- e) Die technologischen Entwicklungstendenzen (relativ geringe Rationalisierungsmöglichkeiten im Dienstleistungssektor) verteuern die kommunalen Dienste (wie private Dienstleistungen auch) im Verhältnis zu anderen Gütern, so daß deshalb die finanziellen Probleme für den kommunalen Haushalt zunehmen werden.
- f) Bei verlangsamtem Wachstum wachsen nicht nur die sozialen Kosten des Wachstums langsamer, auch die Möglichkeiten, Entwicklungsmängel zu beseitigen, nehmen infolge des Rückgangs der städtischen Einnahmen und der privaten Investitionen ab (Ersatz alter Bausubstanz, Beseitigung räumlicher Versorgungsdefizite; womöglich Auffüllung von Baulücken im Zuge von Abwanderungsprozessen).

4. Die anzustrebende wirtschaftliche Entwicklung

4.1 Wirtschaftspolitische Ziele

Städtische Wirtschaftspolitik hat sich angesichts der dargelegten Situation vor allem an folgenden Zielen zu orientieren:

Sicherung des Arbeitseinkommens der in München erwerbstätigen Bevölkerung und angemessener Einkommenssteigerungen

Verbesserung der innerstädtischen Arbeitsbedingungen, dazu zählen:

Arbeitsplatzsicherheit, erhöhte Arbeitsplatzqualität, verbesserte Aufstiegschancen und eine funktionsgerechte Zuordnung von Arbeiten und Wohnen
 Verbesserung der privatwirtschaftlichen und öffentlichen Versorgung, das bedeutet: preisgünstige, differenzierte, räumlich ausgewogene Versorgung mit Gütern und Diensten, erhöhten Wohn- und Freizeitwert durch umweltfreundliche Gestaltung der Wirtschaftstätigkeit und eine Wirtschafts- und Finanzpolitik im Dienste einer verbesserten sozialen Infrastruktur.
 Förderung des sozialen Ausgleichs, d.h. Unterstützung von mehr Chancengleichheit bei der Erzielung und Sicherung des Realeinkommens der Münchner Bevölkerung einschließlich einer flankierenden Politik zur Wahrung ihres sozialen Besitzstandes.

Diese Oberziele müssen für die drei Bereiche konkretisiert, bzw. inhaltlich und zeitlich abgeglichen werden, die für städtische Wirtschaftspolitik zu unterscheiden sind: die quantitative, die qualitative (strukturelle) und die räumliche Steuerung des Wirtschaftsablaufs.

¹ Vgl. Kap. I, Bevölkerung

² Mit zunehmender Stadtfucht werden auch Enttäuschungen einhergehen: bei den Abwanderern, den früher Abgewanderten und der traditionellen Umlandbevölkerung, weil sie auch außerhalb der Stadt die Lebensverhältnisse (Naturnähe, unverbrauchte Landschaft etc.) zusehends beeinträchtigt sehen, je länger die Stadtfucht andauert. Die paradoxe Situation ist nicht auszuschließen, in der beide Gruppen (die in der Stadt geblieben sind und die sie verlassen haben) den Ausgangszustand besser finden werden, ohne daß er (zu tragbaren Kosten) wieder hergestellt werden könnte.

4.2 Quantitative Wachstumssteuerung

Gemäß der allgemeinen Zielsetzung der Stadtpolitik, eine Stadt im Gleichgewicht anzustreben, ist es vor allem Aufgabe der quantitativen Wachstumssteuerung, die Arbeitsplatzentwicklung mit der Bevölkerungsentwicklung und der Infrastrukturausstattung soweit möglich in Einklang zu bringen. Im einzelnen muß sie dabei durch strukturpolitische bzw. qualitative und räumliche Steuerung ergänzt und verfeinert werden.¹

4.2.1 Aufgaben der quantitativen Steuerung im kommenden Jahrzehnt

Die in Abschnitt 3 dargelegten Prognosen für die Wirtschaftsentwicklung in der Landeshauptstadt München lassen weder eine boomartige noch eine allgemein depressive Arbeitsmarktentwicklung erwarten.

Die künftige Entwicklung folgt aller Voraussicht nach weniger einem deutlich ausgeprägten Trend, sie dürfte vielmehr durch unterschiedliche Wachstumsphasen gekennzeichnet sein. Frühestens nach einer Phase der konjunkturellen Wiederbelebung und einer strukturellen Neuorientierung aufgrund veränderter gesamtwirtschaftlicher Bedingungen² – die eine Stabilisierung der Zukunftserwartungen der Investoren voraussetzt und deshalb längerfristig ist – sind deutlich expansive Entwicklungstendenzen zu erwarten. Diese Gründe sprechen für eine Entwicklung in zwei Phasen innerhalb des Planungszeitraums:

eine Phase der Konsolidierung

und eine Phase der – gegenüber früher weit weniger dynamischen – Expansion³

Wegen der insgesamt verlangsamten Entwicklungsdynamik gewinnen konjunkturelle und strukturelle Schwankungen an Gewicht. Dies gilt insbesondere für den Zeitraum bis 1980, der – gemessen am Arbeitsplatzbestand 1974⁴ – gegenwärtig keinen ausgeprägten positiven oder negativen Wachstumstrend erkennen läßt (vgl. Diagr. V-1). Zwischen 1974 und 1980 wird deshalb die Aufgabe der quantitativen Politik vor allem darin bestehen, Beschäftigungsprobleme abzumildern.

Erst wenn die Vollbeschäftigung wieder erreicht ist – vorher kommt eine generell restriktive Wirtschaftspolitik keinesfalls in Frage – könnte das Problem der Wachstumsdämpfung wieder akut werden. Nach den gegenwärtigen Erkenntnissen dürfen jedoch erste Anzeichen einer Hochkonjunktur nicht ohne weitere Prüfung als Beginn einer längerfristig ausgeprägten Wachstumsphase angesehen werden. Deshalb sind restriktive Maßnahmen zur Wachstumsdämpfung erst angebracht, wenn sich ein anhaltend stärkerer Wachstumstrend mit den bekannt schädlichen Folgen für die Stadt⁵ deutlich abzeichnet. Andernfalls besteht die Gefahr einer prozyklischen Politik, deren restriktive Maßnahmen den bevorstehenden Abschwung nur beschleunigen und verstärken.

¹ Eine rationale Grundlegung der quantitativen Wachstumspolitik erfordert fortgeschriebene Untersuchungen über die kommunalen Vor- und Nachteile des Arbeitsplatzzuwachses unter Einbeziehung von: den in Geld zu bewertenden unmittelbaren Kosten und Nutzen der Bürger den Vor- und Nachteilen der Arbeitsplatzentwicklung, die über den kommunalen Haushalt auf die Bürger einwirken, den nicht in Geld bewertbaren Vor- und Nachteilen, die an Hand eines noch zu entwickelnden sozialen Indikatorensystems zu erfassen sind.

² Vgl. Abschn. 3 und Weltwirtschaftliches Institut a.a.O. S. 62 ff.

³ Vorausgesetzt, keine neuen außergewöhnlichen weltwirtschaftlichen Ereignisse treten auf.

⁴ Die vergleichsweise höheren Zuwächse gegenüber 1975 bewegen sich in der Größenordnung der derzeit herrschenden Arbeitslosigkeit.

⁵ Vgl. Abschn. 2.5 dieses Kapitels.

Diese Entwicklungsperspektiven lassen eine auf den Planungszeitraum bezogene Festlegung von Arbeitsplatzrichtzahlen als wenig sinnvoll erscheinen. Vielmehr kommt es darauf an, detailliertere Ziele einer quantitativen Politik zu formulieren, die den zu erwartenden verschiedenen Entwicklungsphasen gerecht wird.

- 4.2.2 Ziele der quantitativen Wachstumssteuerung für unterschiedliche Entwicklungsphasen. Bei Berücksichtigung der derzeit erkennbaren Entwicklungsphasen hat zu gelten:
- a) Die Arbeitsplatzentwicklung in der Landeshauptstadt München ist mit der Entwicklung der Erwerbsbevölkerung in Stadt und Umland sowie dem Arbeitsplatzangebot im Umland soweit wie möglich abzustimmen. Dabei sollte die Zahl der offenen Stellen die Zahl der Beschäftigungslosen im Wirtschaftsraum München übersteigen, um die Wiedereingliederung freigesetzter Arbeitskräfte zu erleichtern.¹ Das bedeutet, daß unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten die Zahl der Arbeitsplätze in der Stadt umso weniger expandieren muß, je stärker die Erwerbsbevölkerung in der Stadt zurückgeht und je stärker das Arbeitsangebot im Umland zunimmt.
 - b) Bei konjunkturellen und strukturellen Beschäftigungseinbrüchen ist die Beschäftigung mit Hilfe der Arbeitsverwaltung und des Freistaates Bayern zu stützen. In diesem Zusammenhang muß deutlich sein, daß die kurzfristigen Möglichkeiten einer Stadt zur Ankurbelung der Beschäftigung sehr beschränkt sind. Wegen des wirksameren Struktur- und konjunkturpolitischen Instrumentariums von Bund und Ländern sind deshalb bei konjunkturellen und strukturellen Krisen diese Instanzen zum Handeln aufgerufen.² Aufgabe der Kommune ist es vor allem, durch ständige Anstrengungen die Standortvoraussetzungen für konjunkturell und strukturell stabile Arbeitsplätze zu verbessern.
 - c) Sollte sich erneut ein übersteigertes Arbeitsplatzwachstum mit schädlichen kommunalen und landesentwicklungspolitischen Konsequenzen abzeichnen, so müssen Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Eine allgemein restriktive Politik wäre jedoch erst dann angebracht, wenn sich die gegenwärtig abzeichnenden Entwicklungstrends deutlich ändern.
Eine restriktive Wachstumspolitik hätte dann einzusetzen wenn:
fortgeschriebene Langzeitprognosen einen anhaltenden Wachstumstrend der Arbeitsplätze erkennen lassen, der mit der Bevölkerungsentwicklung und der Infrastrukturausstattung nicht in Einklang zu bringen ist
und
diese Prognosen durch detaillierte Untersuchungen über Vor- und Nachteile des Arbeitsplatzwachstums ergänzt sind.³

4.3 Qualitative Wachstumssteuerung

Aufgabe der qualitativen Wachstumssteuerung ist die Förderung einer beschäftigungsstabilen Produktionsstruktur mit – gemessen an den privaten und kommunalen Belastungen durch die gewerbliche Wirtschaft – günstigen Einkommenserwartungen für die Arbeitnehmer und den kommunalen Haushalt.

¹ Dieses Ziel ist unter den Bedingungen einer insgesamt im Bundesgebiet stagnierenden Erwerbsbevölkerung und nachlassender räumlicher Mobilität (insbesondere der Ausländer infolge restriktiver Politik der BRD) und der vergleichsweise hohen Attraktivität des Münchner Raumes tendenziell erreichbar; das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß bei wieder steigender Mobilität insbesondere der Ausländer (z.B. Assoziation der Türkei) diese Zielsetzung ohne zuzugshemmendes Instrumentarium nicht bzw. nur mit nicht zu vertretenden Kosten (Integrationsprobleme, Infrastrukturengpässe) erreicht werden kann.

² Fördernde kommunale Maßnahmen haben entweder eine zu lange Anlaufzeit (z.B. Aktivierung von Grundstücken etc.), bzw. sind von der Ausgabenstruktur des kommunalen Haushalts zwangsläufig auf wenige Wirtschaftsbereiche beschränkt.

³ Derartige Untersuchungen sind auch als Grundlage einer qualitativ und räumlich zu differenzierenden Politik unabdingbar und schon deshalb vorzubereiten.

Trotz der dargelegten – zumindest mittelfristig abgeschwächten – Entwicklungsdynamik sollte unter dem Ziel der privaten und kommunalen Einkommenssicherung und -Steigerung keine undifferenzierte Wirtschaftsförderung oder Wachstumspolitik betrieben werden. Eine ungezielte Wirtschaftsförderung (etwa in Form von allgemeinen Erhöhungen des gewerblichen Baurechts, Einschränkungen der Umweltschutzpolitik und der Bauvorschriften mit Schutzcharakter usw.) würde wahrscheinlich ebensoviele Standortvorteile Münchens zunichte machen wie fördern. Eine undifferenzierte Wirtschaftsförderung, die zu einer unkontrollierten Wirtschaftsentwicklung führt, kann nämlich exzessive Belastungen für die Wohnbevölkerung, das Arbeitskräftepotential und für die Betriebe untereinander mit sich bringen. Deshalb kommt es darauf an, die Standortbedingungen solcher Branchen zu verbessern, die unter dem Gesichtspunkt der Beschäftigungsstabilität, der Umweltfreundlichkeit, der Flächeninanspruchnahme, der Verkehrserzeugung und der Einkommenserwartungen günstiger zu beurteilen sind. Als zukunftssträftig gelten nach den gegenwärtigen Prognosen insbesondere Branchen mit hochwertigen Produkten und Dienstleistungen, die gleichzeitig ein qualifiziertes Arbeitskräftepotential erfordern.¹ Für die Standortanforderungen dieser Branchen hat München relativ günstige Ausgangsbedingungen. Inwieweit diese Ausgangsbedingungen bzw. Standortangebote den Standortanforderungen entsprechen, muß für gewichtige kommunale Einzelentscheidungen gesondert untersucht werden; wie sich die branchenspezifischen Standortvoraussetzungen entwickeln, muß durch generelle fortzuschreibende Untersuchungen ermittelt werden. Für die qualitative Wachstumssteuerung in den einzelnen Bereichen gelten folgende Ziele:

a) Verarbeitendes Gewerbe

Zur Abmilderung negativer Konsequenzen von Rationalisierungsmaßnahmen für die Sicherheit des Arbeitseinkommens im Bereich des verarbeitenden Gewerbes kommt es vor allem darauf an, die Aufnahmefähigkeit des längerfristig beschäftigungsstabileren tertiären Arbeitsmarktes für freigesetzte Arbeitskräfte zu fördern.

Dagegen würde es nicht erfolversprechend sein, wenn mit hohem Aufwand an finanziellen Mitteln bzw. kommunalen Grundstücken eine undifferenzierte Industrieansiedlungspolitik betrieben würde. Trotz möglicher kurzfristiger Erfolge besteht nämlich die Gefahr, daß eine solche Politik langfristig die wirtschaftlichen Probleme der Stadt eher vergrößert.

b) Bauwirtschaft

Die schwierigen Strukturprobleme im Bausektor müssen gelindert werden ohne die Preisgabe wichtiger, stadtentwicklungspolitischer Ziele (z.B. Verbesserung der Stadtgestalt, Schutz der Wohnbevölkerung gegen Verdrängungsprozesse infolge ökonomischen Veränderungsdruckes u.a.).

Dabei gilt es, in verstärktem Maße die vorhandene Baukapazität einzusetzen für:

Modernisierung und Sanierung des Wohnungsbestandes sowie die Verbesserung der Stadtgestalt.

Bewältigung des "Stadtumbaus" im Zuge von Standortverlagerungen in Übereinstimmung mit den einschlägigen stadtentwicklungspolitischen Zielen.

Ausbau der städtischen Infrastruktur.

¹ Vgl. PROGNOSE, a.a.O. S. 5; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Mitteilungen 7. Jg., S. 251 ff. Zu den Branchen mit relativ hohen Einkommenserwartungen und günstigen Aussichten für die Beschäftigungsentwicklung zählen nach IAB z.B. Elektrotechnik, Feinmechanik, sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe (vgl. ebd. S. 258 und 265).

Aus kommunaler und gesamtwirtschaftlicher Sicht sollten die verfügbaren Kapazitäten der Bauwirtschaft verstärkt für die Lösung der skizzierten Aufgaben genutzt werden. Damit würde ein dringender Bedarf zu relativ günstigen Kosten – wie selten zuvor in der jüngeren deutschen Baugeschichte – befriedigt. Bund und Länder sollten sich – nicht zuletzt auch aus konjunkturellen Gründen – diesen Argumenten nicht verschließen.

c) Dienstleistungssektor

Im tertiären Sektor insgesamt liegen sehr günstige Aussichten für den Münchner Arbeitsmarkt und die städtischen Lebensbedingungen, weil nach den vorliegenden Prognosen der tertiäre Sektor relativ beschäftigungsstabil ist¹; der tertiäre Sektor im Hinblick auf Stadtgestalt, städtisches Leben, Umweltbelastung in der Regel günstiger zu beurteilen ist als der sekundäre Sektor; hinzu kommt die Bedeutung der tertiären Arbeitsplätze für eine auch räumlich verbesserte Versorgung der Bevölkerung im Rahmen des polyzentrischen Konzepts²; der Infrastrukturausbau zur Förderung der Standortgunst für tertiäre Funktionen im allgemeinen mit den Ansprüchen der Bürger an verbesserte Wohn- Umfeld-Qualitäten harmonisiert.

4.4 Räumliche Ziele

4.4.1 Steuerung der Arbeitsplätze unter Versorgungsgesichtspunkten

Aus den räumlichen Ordnungs- und Versorgungszielen des Stadtentwicklungsplanes (vgl. Kap. III Polyzentrische Stadtentwicklung) leitet sich ab, daß Zuwächse an zentrenbedeutsamen Arbeitsplätzen (und auch Verkaufsflächen), vorrangig in den besonders defizitären Stadtteilzentren anzusiedeln sind, nämlich
Perlach
Moosach
Hasenberg.

Diese Prioritätensetzung ist aufgrund der weiteren Entwicklung fortzuschreiben. Die Ansiedlung zentrenschädlicher Betriebe (insbesondere Verbrauchermärkte im Einzugsbereich von Zentren) ist zu verhindern.

4.4.2 Steuerung der Arbeitsplätze unter funktionalen Gesichtspunkten

Die Zuordnung von Arbeitsplätzen zu Wohngebieten ist für die Wohngebiete zu verbessern deren "Zeit/Weg/Mühe-Kosten" zum Arbeitsplatz überdurchschnittlich hoch sind³. Die Verwirklichung dieser Zielsetzung ist auch mit der Steuerung von zentrenbedeutsamen Arbeitsplätzen abzustimmen.

Die gute Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, d.h. Wohnortnähe ist besonders für Frauenarbeitsplätze anzustreben, um berufstätigen Frauen und Müttern Anfahrtszeiten zu ersparen. Diese Zielsetzungen decken sich mit den räumlichen Ordnungs- und Versorgungszielen des Stadtentwicklungsplanes⁴, da damit gleichzeitig die im Hinblick auf Frauenarbeitsplätze und tertiäre Arbeitsplätze defizitären Bereiche besser versorgt werden (vgl. Abb. V-2, V-4, V-5).

¹ Vgl. auch Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, a.a.O. S. 255 . 2f

² Vgl. Kap. III Polyzentrische Stadtentwicklung.

³ Beispiel: Arbeitnehmer mit Wohnsitz im Hasenberg arbeiten in Giesing.

⁴ Vgl. hierzu auch Kap. III Polyzentrische Stadtentwicklung.

Die defizitäre Arbeitsplatzausstattung im gewerblichen Bereich (Abb. V - 1) sollte abgebaut werden durch:

- Aktivierung von geeigneten Standorten im Bereich der unterversorgten Gebiete bzw.
- durch Verbesserung der Verkehrsanbindung zwischen defizitären Wohngebieten und Arbeitsplatzkonzentrationen, wenn eine bessere Funktionsmischung nicht möglich ist.

Gewerbliche Standorte sollten folgende Bedingungen erfüllen:

gute Verkehrsanbindung

- zu Fernverkehrsstraßen
- zu Wohngebieten

genügende Freiflächen (Verträglichkeit mit Umfeldnutzung)

ausreichende Infrastruktureinrichtungen geringe

Umweltbelastung.

Gewerbeflächen größeren Umfangs, die diesen Bedingungen genügen sind schon jetzt verfügbar, z.B. im Moosfeld. Nach Auffassung des Flughafens Riem kommen evtl. Teile der dann verfügbaren Flächen hinzu.

4.5 Ergebnis

Generell formuliert hat – wie dargelegt wurde – kommunale Strukturpolitik solche Branchen und Betriebe zu fördern, deren Expansion der Kommune mehr Vorteile verschafft, als Kosten bzw. Belastungen; restriktives Verhalten ist – mit sozialpolitischen Einschränkungen – gegenüber solchen Branchen und Betrieben angebracht, die per Saldo belastend wirken.

Daraus ergeben sich folgende wirtschaftspolitischen Leitlinien:

a) Erhöhung der Sicherheit des Arbeitseinkommens durch:

- Förderung des Ausbaus von oberzentralen Verwaltungen¹
- Förderung von Branchen, die aller Voraussicht nach wenig von Beschäftigungsrückgängen bedroht sind
- Förderung der Diversifikation der Produktions- und Absatzstrukturen, um Branchenkonjunkturen möglichst auszugleichen.²

b) Förderung der Arbeitsplatzqualität, der beruflichen Ausbildungs- und Aufstiegschancen, durch Bevorzugung solcher Betriebe, die über ausbildungsintensive und aufstiegsförderliche Arbeitsplätze verfügen.

c) Steigerung des Lohnniveaus und der kommunalen Steuerkraft

d.h. Förderung von Strukturwandlungen zugunsten von Arbeitsplätzen,

die hohe Erträge bzw. Ertragssteigerungsaussichten aufweisen, somit die kommunale Steuerkraft stärken (Gewerbe-, insbesondere Gewerbeertragssteuer)³ und angemessene Lohnsteigerungstendenzen zumindest wie in vergleichbaren Regionen aufweisen;

¹ Allerdings können die Arbeitsplätze der Landeshauptstadt München nicht nach diesem Gesichtspunkt vermehrt werden, sondern – wenn überhaupt – nur nach dem Gesichtspunkt unabweisbarer Notwendigkeit.

² Dabei kommt es vor allem darauf an, Diversifikation in den Basisbereichen mit überwiegend überörtlicher Orientierung zu erreichen, weil die Folgebereiche von deren konjunktureller Entwicklung mitgeprägt, bzw. bei Stabilisierung der Basisbereiche auch stabiler werden.

³ Betriebe ohne steuerlichen Gewerbeertrag (außerhalb der Freigrenzen) zahlen keine Gewerbesteuer. Gewerbesteuer zahlen derzeit wegen bestehender Freigrenzen nur ca. 44 % der Münchner Betriebe, ca. 51 % zahlen Gewerkekapitalsteuer, (nach Berechnungen des Stadtentwicklungsreferates).

im Bereich von Betriebsgrößenklassen, die einen steuerlichen Gewerbeertrag im Bereich der höheren Progressionsstufen der Gewerbeertragssteuer versprechen, mit günstigen Konsequenzen für den kommunalen Anteil an der Einkommensteuer, die Arbeitskräfte als Wohnbürger an die Stadt binden und möglichst wenig Veränderungsprozesse auslösen.

- d) Kommunale Entlastung (Finanzen und Wohnbereich) durch Förderung einer umweltfreundlichen Arbeitsplatz- und Produktionsstruktur, d.h. möglichst Förderung von umweltfreundlichen statt umweltbelastenden Arbeitsplätzen (im Hinblick auf Lärmbelästigung, Schadstoffemissionen, Verkehrsbelastungen und Gestaltqualitäten der Arbeitsplätze).
- e) Entlastung des kommunalen Flächenhaushalts durch Förderung einer grundstücksflächensparenden Arbeitsplatzstruktur, d.h. Förderung von Umstrukturierungen im Arbeitsplatzbereich zugunsten von flächensparenden Arbeitsplätzen.
- f) Privatwirtschaftliche Einrichtungen von besonderem öffentlichen Interesse sollen gefördert werden; dazu zählen Einrichtungen, die Funktionen der sozialen Infrastruktur übernehmen, wie z.B. private Kindergärten, Versammlungsräume, private Hilfsdienste (z.B. Jugend- und Altenbetreuung), bzw. die Attraktivität der Stadt für die Bürger durch ihr Vorhandensein steigern; z.B. stadtbelebende Angebotsformen im Handel, Ausstellungswesen, sowie Einrichtungen, die das Freizeitangebot und die Kommunikationsmöglichkeiten steigern, etwa:
 - originelle Restaurants, Cafés, Biergärten, Sportanlagen, Unterhaltungsstätten
 - quaternähe Versorgung mit handwerklichen Diensten.

5. Maßnahmen

5.1 Maßnahmen der quantitativen Wachstumssteuerung

5.1.1 Fördernde Maßnahmen bei Unterbeschäftigung

Konjunkturpolitische Priorität haben bei Unterbeschäftigung solche Maßnahmen bzw. Programme, die vor allem innerstädtische Nachfrage und Beschäftigung stimulieren. Allerdings hat die kommunale Wirtschaftspolitik davon auszugehen, daß die konjunkturpolitische Effizienz der verfügbaren kommunalen Instrumente sehr beschränkt ist.

Maßnahmen der kommunalen Konjunkturpolitik sind:

Die Vermeidung von Konkursen und Arbeitsplatzverlusten aufgrund von Liquiditätsengpässen (z.B. bei Betrieben, die nach der Vermögenslage nicht "konkursreif" sind) durch: Steuerstundungen, Gewährung von Darlehen, Bürgschaften; Zuschüsse in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Ministerium des Freistaat Bayern (unter Abwägung von Mitteleinsatz und Erfolgsaussichten).

Erleichterung der privaten Investitionstätigkeit ohne Aufgabe gewichtiger stadtentwicklungspolitischer Ziele (z.B. Rosa-Zonen-Plan, Umweltschutzaufgaben), durch die Beschleunigung von Baugenehmigungsverfahren und gewerberechtlichen Verfahren.

Gegebenenfalls Initiativen bei Land und Bund zur Beschleunigung wirksamer konjunkturpolitischer Maßnahmen.

Obwohl die gegenwärtig verfügbaren Prognosen eine längerfristig ausgeprägte Arbeitslosigkeit nicht erwarten lassen, muß die Stadt rechtzeitig darauf vorbereitet sein.¹ Es wird deshalb eine wesentliche Aufgabe der Entwicklungsplanung sein, die wirtschaftliche Entwicklung ständig zu beobachten und zu analysieren und durch Prognosen, die laufend fortzuschreiben sind, die Grundlage für eine zuverlässige Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung zu schaffen.

Sobald sich die Anzeichen einer dauerhaften Arbeitslosigkeit in München mehren, bzw. verfestigen, müssen – auch aus staatspolitischen Gründen – die zuständigen Instanzen bemüht sein, sog. Wachstumspole zu schaffen, von denen nachhaltige Impulse auf die städtische Wirtschaft ausgehen.

Dabei handelt es sich um die Förderung der Ausweitung bzw. Ansiedlung von Betrieben mit hohen Wachstumserwartungen (Arbeitsplatzwachstum, das insbesondere auf die Qualifikation der Arbeitslosen zugeschnitten ist, sowie Umsatzwachstum) bzw. möglichst stimulierender Wirkungen für Folgebereiche.²

Zur Verwirklichung dieses Zieles kommen alle kommunalen Förderungsmöglichkeiten³ in Betracht; insbesondere auf dem Grundstücks- und Infrastruktursektor. Darüberhinaus wären gegebenenfalls ERP- Mittel und Förderungsmittel von Bund und Land zu erschließen.

5.1.2 Restriktive Maßnahmen bei übersteigertem Wachstum

Vor allem für die Zeit nach der zu erwartenden konjunkturellen und strukturellen Konsolidierung ist es nicht ausgeschlossen, daß erneut übersteigerte Wachstumstendenzen auftreten. Sollte diese Entwicklung eintreten, dann ist eine restriktive Wirtschaftspolitik – mit strukturpolitischen Differenzierungen – angebracht:

Als Maßnahmen kommen in Betracht:

- Restriktive Steuerpolitik bei gleichzeitiger Vermeidung von kommunalen Ausgaben, die schädliche Wachstumseffekte hervorrufen.
Die Landeshauptstadt München sollte sich um die Einführung einer Lohnsummensteuer weiterhin bemühen⁴, weil sich dadurch das Arbeitsplatzwachstum besser steuern läßt als durch die gegenwärtige Form der Gewerbesteuerung.⁵ Zur verbesserten Steuerung des Ausländerzustroms sollte gegebenenfalls eine Infrastrukturabgabe für ausländische Arbeitnehmer eingeführt werden.⁶
- Zurückhaltung beim Ausbau unternehmensorientierter Infrastruktur, z.B. bei Erschließung von Gewerbegebieten durch Kanalisation, Straßen und Brücken.
- Um die Steuerungsmöglichkeiten durch das Baurecht zu verbessern, sollte eine Konsolidierung der Baurechtssituation in der Landeshauptstadt München angestrebt werden (möglichst Baurechtsverlagerungen und Ausschöpfen des vorhandenen Baurechts vor Neuausweisungen, möglichst kontrollierte Lösungen für die Ablösung des Staffelbaurechts, Unterstützung der Novellierung des Bundesbaugesetzes).

¹ Prognos und andere Institute sagen für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt für die nächsten Jahre Beschäftigungsprobleme voraus. Es sollte deshalb deutlich sein, daß die Zeit langandauernder "Überbeschäftigung" vorerst nicht wiederkehrt.

² Impulse für Folgebereiche sind umso stärker, je geringer der Importanteil (Bezug von außerstädtischen Vorleistungen) ist; im Einzelfall bedarf eine Politik der Wachstumspole detaillierter Planungen.

³ Vgl. Abschnitt 5.2 dieses Kapitels.

⁴ Die Lohnsummensteuer ist im Gewerbesteuerrecht vorgesehen; ihre Einführung bedarf der Zustimmung der Landesregierung.

⁵ Derzeit zahlen nur ca. 44 % der Münchner Betriebe Gewerbeertragssteuer, 51 % zahlen Gewerbekapitalsteuer. Die restriktiven Wirkungen von Erhöhungen der Gewerbesteuer in ihrer jetzigen Form scheinen überdies sehr begrenzt (nach Berechnungen des Stadtentwicklungsreferates stellt die gegenwärtige Gewerbesteuerung einen sehr geringen Prozentsatz der Betriebskosten dar; Durchschnittlich etwa 1,5 %).

⁶ Vgl. Ausländerprogramm, Stadtentwicklungsreferat; (hinzu kommt eine Reihe qualitativer Regelungen, die ebenfalls den Zustrom hemmen und gleichzeitig Qualitätsstandards innerhalb der Landeshauptstadt München verteidigen — vgl. eda und Kap. VI - Soziales).

5.2 Maßnahmen der qualitativen Wachstumssteuerung

Maßnahmen zur Stabilisierung der Wohnbevölkerung sind als Verbesserung der Standortbedingungen für zukunftsträchtige Branchen und Betriebe (hochqualifizierte Dienste und Produkte) in der Landeshauptstadt anzusehen, weil sie einen qualifizierten Arbeitsmarkt und standortstützende Kaufkraft erhalten.¹ Durch die entsprechenden Maßnahmen² (vgl. die anderen Kapitel des Stadtentwicklungsplanes) werden somit gleichzeitig die Ziele der qualitativen Wirtschaftspolitik und das generelle Ziel, der Abwanderung der Bevölkerung entgegenzuwirken, verfolgt.

Um den erwünschten stabilisierenden Effekt für Wirtschaft und Bevölkerung (auch in struktureller Hinsicht) zu erreichen, sind die folgenden flankierenden Maßnahmen anzustreben:

- Beruhigung der Mietenentwicklung, (z.B. durch weiteren sozialen Wohnungsbau mit verbesserten Regelungen im einzelnen, Bemühungen um die Schaffung der Voraussetzungen für ein Dauerwohnrecht und für Anteilseigentum)³, um zu vermeiden, daß verbesserte Wohn- und Wohnumfeldbedingungen breiten Bevölkerungsschichten über Mietsteigerungen verloren gehen.
- Kontrolle des Ausländerzustroms, um zu verhindern, daß durch Zuwanderung die Lohnentwicklung und die Wohnbedingungen in unerwünschtem Ausmaß beeinträchtigt werden⁴.
- Fortgeführte Bemühungen um eine Gemeindesteuerreform (Abbau von Benachteiligungen der Ballungsräume) und Anstrengungen der übergeordneten Haushalte zugunsten einer Stabilisierung der Wohnbevölkerung (Modernisierung und Stadtsanierung).

Zur Durchsetzung der strukturpolitischen Ziele sind ferner folgende, hier nur im Überblick aufgeführten, Instrumente – soweit möglich – im Einzelfall nach Abwägungen der kommunalen Nutzen und Kosten dosiert einzusetzen:

Instrumente / Maßnahmen	Anwendbarkeit / Beschränkungen
a) Finanzierungshilfen Zuschüsse Darlehen Zinssubventionen Bürgschaften Beteiligungen Stundung von Gebühren, Nutzungsentgelten und Abgaben	Die rechtlichen Voraussetzungen für den Einsatz dieser Instrumente sind sehr unterschiedlich. Um zu vermeiden, daß einzelne Maßnahmen an den Grenzen der Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung der Gemeinden scheitern, ist die Koordinierung und Ausrichtung auf die allgemeine Daseinsvorsorge der Gemeinden herzustellen (vgl. 5.2 e "institutionelle Maßnahmen").

¹ Hinzu kommen unter wirtschaftlichen Aspekten: die Erhaltung von kommunalen Anteilen an der Einkommensteuer, die Verbilligung der Sozialpolitik (wie insbesondere amerikanische Untersuchungen nachgewiesen haben, besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem relativen Anteil der mittleren und gehobenen Einkommensgruppen an der Wohnbevölkerung und die Möglichkeit, soziale Probleme zu lösen, vgl. D. BRADFORD, KALEJIAN, An Econometric Model of the Flight to the Suburbs, Journal of Political Economy 1973, S. 566 ff.), sowie — im regionalen Zusammenhang — die wirtschaftliche Nutzung von vorhandener Infrastruktur und die Vermeidung von sozialen Kosten der Zersiedlung usw. (vgl. Kap. I — Bevölkerung).

² Für eine Reihe von Maßnahmen zur Stabilisierung der Wohnbevölkerung ist zu erwarten, daß sie auch unmittelbar die Standortbedingungen für die Wirtschaft verbessern. Z.B. ist die Verbesserung des Umweltschutzes als wesentlicher Standortfaktor für die Betriebe anzusehen (vgl. Tab. V-15, Sp. 2), wie vermutet werden muß, insbesondere für qualifizierte Arbeitsplätze.

³ Vgl. Kap. IV Wohnen, insbesondere S. 19 ff.

⁴ Generell muß davon ausgegangen werden, daß die Reallohnentwicklung in den Entsendeländern weniger expansiv ist, als in der Bundesrepublik Deutschland, ohne Kontrollen also permanent eine ausgeprägte Zuzugstendenz ausländischer Arbeitskräfte besteht und nivellierend auf die Lebensbedingungen breiter Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland einwirkt. Zu Maßnahmen der Ausländerpolitik im einzelnen vgl. Ausländerprogramm, Stadtentwicklungsreferat.

Instrumente/Maßnahmen

Anwendbarkeit / Beschränkungen

Die Organisation des Einsatzes dieser Instrumente hat an bestehende kommunale und sonstige öffentliche Einrichtungen (z.B. Stadtparkasse) anzuknüpfen und im Rahmen der derzeitigen rechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen auf eine Unterstützung der Entwicklungsziele hinzuweisen,

Durch die schlechte Haushaltslage der Stadt sind enge Grenzen gezogen.

b) Grundstückspolitik

Steuerung durch gezielten Einsatz städtischer Grundstücke, durch Verpachtung, Vermietung, Erbbaurechte, Tausch, wenn zweckdienlich, unter Nutzungsaufgaben sichernde Vorhaltpolitik (Vorratskäufe) gleichzeitig sollten die Möglichkeiten einer revolvierenden Grundstückspolitik (Verkäufe in städtebaulich "unproblematischen" Gebieten, Käufe in "Problemgebieten"), noch stärker ausgeschöpft werden.

Begrenzte Grundstücksreserven, angespannte Finanzlage.

Problematisch ist die Bindung von Zweiterwerb. Dienstbarkeiten nur eingeschränkt möglich.

Restriktionen durch beschränkte Finanzkapazität

c) Gezielte Infrastrukturpolitik

Erschließung von Gewerbeflächen; zielgerechte Differenzierung von Gebühren und Benutzerentgelten

d) Wirtschaftsfördernde Einrichtungen

Finanzielle Restriktionen können nur durch Beteiligung der Wirtschaft beseitigt werden; Durchführung nur aufgrund eingehender Kosten-Nutzen-Analysen.

Gewerbeparks für eine entwicklungsgerechte Steuerung von Verlagerungs- und Expansionstendenzen des verarbeitenden Gewerbes aus der Innenstadt in die Außenbezirke Umschlagzentren zur Entlastung des Verkehrs und als wirtschaftsfördernde Maßnahme Gezielte Entwicklung des Ausstellungs- und Messewesens sowie der kommunalen Versorgungsbetriebe (Schlacht- und Viehhof sowie Großmarkthalle)

Sicherung vertraglicher Nutzungen auf den freiwerdenden Flächen ist problematisch.

Instrumente/Maßnahmen

Anwendbarkeit/Beschränkungen

Förderung des Fremdenverkehrs durch die zuständigen städtischen Dienststellen
Reservierung von kurzfristig erschließbaren Gewerbegebieten, um unerwünschten Abwanderungsbestrebungen kurzfristig begegnen und eine rasch greifende Struktur- und Beschäftigungspolitik im Bedarfsfall durchführen zu können.

e) Institutionelle Maßnahmen

Entwicklungsgesellschaft unter städt. Einfluß, die für Koordination und Finanzierung strukturpolitischer Maßnahmen zuständig ist:
Koordination der verschiedenen Verwaltungsebenen und Aktivitäten
Grundstückserwerb und Erschließung

Realisierung dürfte umgehend möglich sein;
Rechtsform ist noch zu klären.

Förderung spezieller Industrieansiedlungen

Vermittlung bzw. Bereitstellung von (Ansiedlungs-) Krediten, z.B. bei der Inanspruchnahme von ERP-Mitteln

Hilfestellung bei der Aufnahme von (Ansiedlungs-) Krediten, z.B. bei der Inanspruchnahme von ERP-Mitteln

Kommunale Standortberatungsstelle;
Funktionen: Vermittlung von Standortinformationen und Entwicklungszielen der Stadt; Kontaktpflege mit der gewerblichen Wirtschaft zur Verbesserung der Möglichkeiten für partnerschaftliche Lösungen im kommunalen Bereich

Realisierung erscheint umgehend möglich;
organisatorische Einbindung ist noch zu klären

f) Rechtliche Maßnahmen zur Förderung strukturpolitischer Ziele

Ausweisung neuen gewerblichen Baurechts, wenn es zur Förderung der wirtschaftspolitischen Ziele erforderlich ist

Nach Maßgabe des Beschlusses vom 30.10.1973 "Entwicklung des Baugeschehens in München"

Instrumente/Maßnahmen	Anwendbarkeit/Beschränkungen
Unterstützung der Novellierung des Bundesbaugesetzes und der Baunutzungsverordnung, insbesondere Verbesserung des Planungswertausgleichs	Verbesserte Steuerungsmöglichkeiten von wirtschaftlichen Aktivitäten, die öffentliche Interessen berühren (d.h. zur Sicherung von Erträgen für die Bürger, die der Marktmechanismus andernfalls nicht hervorbringt).
Einführung eines preislimitierten Vorkaufsrechts der Kommune	
Verbesserte Möglichkeiten der Kommune bei der Festlegung differenzierter Nutzungen im Bebauungsplan, verbesserte Umweltschutzmaßnahmen Entwicklungsgenehmigung Herabsetzung von Baurecht bei ungesunden Wohn- und Arbeitsverhältnissen	
g) Umweltschutzmaßnahmen	
Die verfügbaren Umweltschutzmaßnahmen müssen ausgeschöpft werden. Einheitliche Regelungen des Umweltschutzes sind zu unterstützen und gegebenenfalls anzuregen, um zu vermeiden, daß die kommunale Konkurrenz um Arbeitsplätze und Betriebe zu Lasten des Umweltschutzes geht.	Vgl. Tab. V -9.
h) Maßnahmen der Gebührenpolitik	
Verbesserung der Gebührenfinanzierung, um kostenverursachende Aktivitäten zu steuern.	Setzt Zurechenbarkeit kommunaler Leistungen und damit verbesserte Quantifizierung und Bewertung der Inanspruchnahme kommunaler Leistungen voraus.

5.3 Maßnahmen zur räumlichen Steuerung

Zur Steuerung der räumlichen Entwicklung (vgl. hierzu auch Kap. III) sind neben den unter 5.2.2 beschriebenen Maßnahmen folgende hier nur schematisch aufgeführten Instrumente einzusetzen:

- a) Verkehrspolitische Maßnahmen
Vgl. Kap. X – Verkehr

Instrumente/Maßnahmen

Anwendbarkeit/Beschränkungen

b) Sonstige planungsrechtliche Maßnahmen, die im Rahmen kleinräumiger Standortprogramme nach den Erfordernissen des Einzelfalls einzusetzen sind:
Durchführung von jederzeit anwendbaren Umlegungsverfahren zur räumlichen Funktionssanierung

Ausweisung von höherwertigem Baurecht bei gleichzeitiger Herabsetzung des Ausmaßes baulicher Nutzung zur Verlagerung unerwünschter Gewerbebetriebe aus Zentrumsbereichen zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für notwendige zusätzliche zentrale Funktionen

c) Gebührenpolitik
Räumliche Differenzierungen Gebühren und Benutzerentgelten, evtl. auf Zeit als Anpassungshilfe (vgl. Abschn. 5.2 d)

Nur dann anwendbar, wenn ein Eigentümer planungsrechtliche Erweiterungen anstrebt.

Grundsatz der allgemeinen Benutzbarkeit städtischer Einrichtungen und Bindungen aufgrund bestehender Tarife (Art. 21 GO) sind zu beachten.

6. Tabellen

Tab. V - 9	Liste der möglichst auszuschöpfenden Maßnahmen zur Reduzierung der Umweltbelastung, in der Landeshauptstadt München
Tab. V – 10 a–c	München im Städtevergleich
Tab. V - 11	Beschäftigte in München nach Wirtschaftsabteilungen in den Jahren 1970, 1974 und 1985
Tab. V - 12	Veränderung der Beschäftigtenzahl in München zwischen 1970 und 1985
Tab. V - 13	Industrielle Arbeitsplätze 1974 und ihre Veränderung bis 1985
Tab. V - 14	Flächenveränderungen
Tab. V - 15	Standortfaktoren nach ihrer Bedeutung für die Betriebe der Landeshauptstadt München

Tabelle V – 9

Liste der möglichst auszuschöpfenden Maßnahmen zur Reduzierung der Umweltbelastung in der Landeshauptstadt München

Maßnahme	Kompetenz	Zielgruppe	Probleme
Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit	LHM	Gemeindebürger, Unternehmen	geringe Wirksamkeit
Strenge Überwachung bereits bestehender Vorschriften	LHM	alle Verursacher	dauernde Überwachung verursacht z.T. hohe Kosten
Berücksichtigung von Belastungen in der Stadtplanung	LHM	LHM	als Voraussetzung muß ein Emissionskataster erstellt werden (derzeit in Bearbeitung). Schutz der Wohngebiete: Vorrang der überdurchschnittlich belasteten Bereiche
Verbot bestimmter Produktionen Tätigkeiten - auf Dauer - temporär	Bund, Länder LHM	Unternehmen Feuerstätten priv. Müllverbrennungsanlagen	Rückwirkungen auf Versorgung mit privaten Gütern) dauerndes Beschäftigung) Verbot sind zu beachten Voraussetzung für temporäres Verbot ist die Aufstellung eines Einsatzplans (Smog-Alarmplan)
Normsetzungen für zulässige Emissionen	Bund, Land	vor allem Betriebe, Feuerstätten, Kfz.	derzeit noch Erkenntnislücken bei der Beurteilung der Belastbarkeit der Umwelt
Subventionierung von Vermeidungsinvestitionen	Bund, Land, LHM	Unternehmen, Haushalte, (Feuerstätten)	hohe Finanzbelastung
Prämienzahlungen bei Emissionsreduzierungen	LHM	Betriebe	Finanzierung der Prämien (Zahlungen an Verursacher, um ihn zur Einschränkung der Emission zu veranlassen, widerspricht den üblichen Gerechtigkeitsvorstellungen)
Gebührenerhebung bei Emission von Schadstoffen	Bund, Land, LHM	alle erfaßbaren Verursacher	Messung der Emission bei mobilen Verursachern schwierig
Installierung von Verhandlungsmechanismen	Bund	eng begrenzte Verursacher- und Betroffenenkreise	rechtliche Ausgestaltung, Einfluß wirtschaftlicher Macht
Schutz der Kulturlandschaft in der LHM (ökologische Ausgleichsfunktion, manifestierte Umwelt) durch Ausschöpfung von Natur- und Landschaftsschutz, verträgliche Verkehrspolitik; Erhaltung der landwirtschaftlichen Flächennutzung durch entsprechende Baurechtspolitik	LHM LHM Bund Land LHM	Landwirtschaftliche Betriebe ¹	Strukturwandel der Landwirtschaft (Ausscheiden landwirtschaftlicher Betriebe), mögliche Konflikte mit Verkehrspolitik

¹ Landwirtschaftlich genutzte Fläche in der LHM (ohne Waldflächen, die ca. 10.000 ha umfassen): 25 % der (ca. 31.000 ha) Fläche des Stadtgebietes,
Quelle: Stat. Handbuch der LHM, 1975, S. 325.

Tabelle V - 10a

München im Städtevergleich (1)

	Einwohner		Arbeitsplätze		Flächenanteile (%) per 31.12.1973		Einw./ qkm gesamt		
	1961 (VZ 6.6.)	Veränd. 1970/61 (%)	1973 (31.12.)	Veränd. 1973/61 (%)	1961 (1000)	1970		Veränderung In %	bebaut
München	1.085.014	19,2	1.336.675	23,2	670	784	17,0	38,0	4.308
Düsseldorf	702.921	5,6	628.498	10,6	416	432	3,8	37,5	3.971
Frankfurt	683.081	2,0	663.422	2,9	486	538	10,7	23,8	2.986
Köln	809.105	4,9	832.396	2,9	461	483	4,8	30,7	3.311
Stuttgart	637.539	0,7	624.835	2,0	443	447	0,9	27,5	3.016
Berlin	2.197.980	3,5	2.047.948	6,8	1.038	953	- 8,2	37,5	4.266
Hamburg	1.834.600	2,2	1.751.621	4,5	1.006	971	- 3,5	27,8	2.326

Quelle: Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden 50. Jg. 1962 und 61. Jg. 1974
 Statistische Jahrbücher der Städte, versch. Jgg.

Tabelle V - 10 b

München im Städtevergleich (2)

	Bruttoinlandsprodukt			je Einwohner		
	absolut		Veränd. 1972/61 (%)	1961		Veränd. 1970/61 (%)
	1961 (Mio DM)	1972 (Mio DM)		(DM)	1972 (DM)	
München	9.943	29.240	194,1	9.164	21.860	138,5
Düsseldorf	6.668	16.795	151,9	9.486	26.100	175,1
Frankfurt	7.828	21.358	172,8	11.460	31.680	176,4
Köln	7.059	17.174	143,3	8.724	20.350	133,3
Stuttgart	7.166	16.234	126,5	11.240	25.700	128,6
Berlin	13.255	30.052	126,7	6.031	14.570	141,6
Hamburg	18.160	39.382	116,9	9.899	22.297	125,2

Quelle:—Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden 50. Jg. 1962 und 61. Jg. 1974
 Statistische Jahrbücher der Städte, versch. Jgg.

Tabelle V - 10c

München im Städtevergleich (3)

	Einnahmen / EW ¹						Gemeindliche Steuerkraft ³ 1972
	1961 (DM)		1972 (DM)		Veränderung Steuer 1972/61 (%)	Realsteuerkraft ² 1972	
	Steuern ⁴	Gesamt ⁵	Steuern ⁶	Gesamt ⁷			
München	298,4	312,9	683,5	711,6	129,1	367,9	476,3
Düsseldorf	379,1	391,1	850,3	889,4	124,3	504,3	581,7
Frankfurt	423,5	429,8	1.100,4	1.155,3	159,8	511,5	562,2
Köln	305,4	328,7	750,2	807,0	145,6	381,5	472,9
Stuttgart	280,4	304,9	802,8	876,0	186,3	453,8	563,7
Berlin	208,8	554,6	351,9	352,0	68,5	238,3	233,0
Hamburg	285,5	293,6	671,0	671,0	137,8	359,4	484,4

¹ Quelle: - Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 50. Jg. 1962 und 61. Jg. 1974, hgg. vom Deutschen Städtetag, Köln.

² Produkt aus fiktiven Hebesätzen für das Bundesgebiet und den Grundbeträgen. Grundbeträge = Ist-Aufkommen: Hebesatz x 100.

³ Realsteuerkraft + Gemeindeanteil an der Einkommensteuer — Gewerbesteuerumlage.

⁴ Grundsteuer, Gewerbesteuer (Ertrag und Kapital), Lohnsummensteuer, Einkommensteueranteil-Gewerbesteuerumlage, Zuschlag zur Grunderwerbssteuer, Getränkesteuer, Vergnügungssteuer. — Berlin und Hamburg ohne Landessteuern.

⁵ Differenz: Schlüsselzuweisungen, Zuweisungen für Auftragsangelegenheiten.

⁶ Grundsteuer, Gewerbesteuer (Ertrag und Kapital), Lohnsummensteuer, Einkommensteueranteil-Gewerbesteuerumlage, Zuschlag zur Grunderwerbssteuer, Getränkesteuer, Vergnügungssteuer. — Berlin und Hamburg ohne Landessteuern.

⁷ Differenz: Schlüsselzuweisungen, Zuweisungen für Auftragsangelegenheiten.

Tabelle V - 11

Beschäftigte in München nach Wirtschaftsabteilungen in den Jahren 1970, 1974 und 1985

Wirtschaftsabteilung	Beschäftigte											
	1970		1974		1985 I		1985 II					
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%				
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)				
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	3 100	0,4	2 200	0,3	2 000	0,2	2 000	0,2				
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	6 000	0,8	5 400	0,7	6 000	0,7	6 000	0,8				
Verarbeitendes Gewerbe (o. Baugewerbe)	261 200	33,3	251 900	31,9	257 000	31,2	242 000	30,7				
Baugewerbe	93 400	11,9	67 700	8,5	78 000	9,5	75 000	9,5				
Flandel	109 700	14,0	113 200	14,3	106 000	12,9	105 000	13,3				
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	53 000	6,8	59 600	7,5	61 000	7,5	60 000	7,6				
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	42 800	5,4	45 600	5,8	55 000	6,7	54 000	6,8				
sonstige Dienstleistungen	113 600	14,5	116 900	14,8	122 000	14,8	119 000	15,1				
Organisationen ohne Erwerbscharakter	16 300	2,1	18 100	2,3	136 000	16,5	126 000	16,0				
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	84 900	10,8	111 000	14,0								
Insgesamt	784 000	100	791 600	100	823 000	100	789 000	100				

Quelle: Amt für Statistik und Datenanalyse, Prognos und Berechnungen des Stadtentwicklungsreferates.

Tabelle V - 12

Veränderung der Beschäftigtenzahl in München zwischen 1970 und 1985

Wirtschaftsabteilung	Veränderung 1970/74		Veränderung 1970/85 I		Veränderung 1970/85 II		Veränderung 1974/85 I		Veränderung 1974/85 II	
	absolut (10)	% (11)	absolut (12)	% (13)	absolut (14)	% (15)	absolut (16)	% (17)	absolut (18)	% (19)
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	- 900	- 29,0	- 1.100	-35,5	- 1.100	- 35,5	- 200	9,1	- 200	- 9,1
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	- 600	- 10,0	-	-	-	-	+ 600	+ 11,1	+ 600	+ 11,1
Verarbeitendes Gewerbe (o. Baugewerbe)	- 9.300	- 3,6	- 4.200	-1,6	-19.200	- 7,4	+ 5.100	+ 2,0	- 9.300	- 3,9
Baugewerbe	- 25.700	- 27,5	- 15.400	-16,5	- 18.400	- 19,7	+ 10.300	+ 15,2	+ 7.300	+ 10,8
Handel	+ 3.500	+ 3,2	- 3.700	-3,4	- 4.700	- 4,3	- 7.200	- 6,4	- 8.200	- 7,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 6.600	+ 12,5	+ 8.000	+ 15,1	+ 7.000	+ 13,2	+ 1.400	+ 2,3	+ 400	+ 0,7
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	+ 2.800	+ 6,5	+ 12.200	+ 28,5	+ 11.200	+ 26,2	+ 9.400	+ 20,6	+ 8.400	+ 18,4
Sonstige Dienstleistungen	+ 3.300	+ 2,8	+ 8.400	+ 7,4	+ 5.400	+ 4,8	+ 5.100	+ 4,4	+ 2.100	+ 1,8
Organisationen ohne Erwerbscharakter	+ 1.800	+ 11,0								
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	+ 26 100	+ 30,7	+ 34.800	+ 34,4	+ 24.800	+ 24,5	+ 6.900	+ 5,3	+ 3.100	- 2,4
Insgesamt	+ 7.600	+ 1,0	+ 39.000	+ 5,0	+ 5.000	+ 0,6	+ 31.400	+ 4,0	- 2.600	- 0,3

Quelle: Amt für Statistik und Datenanalyse, Prognos und Berechnungen des Stadtentwicklungsreferates.

Tabelle V - 13

Industrielle Arbeitsplätze 1974 und ihre Veränderung bis 1985

Industriegruppen	Beschäftigte 1974				Wachstumsrate IAB ¹			Veränderung 1974/85			
	absolut	%	absolut	%	72/80	80/85	72/85	absolut	%	absolut	%
1. Zunehmende Gruppen Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik Maschinenbau, Fahrzeugbau Chemische Erzeugnisse (mit Mineralöl- und Kunststoffverarbeitung) 2. Abnehmende Gruppen Druck und Papierverarbeitung Nahrungs- und Genüßmittel (mit Brauereien) Bekleidung und Textil Übrige (insbes. Gießereien, Stahlbau, Eisen- und Stahlwaren einschl. NE- Metalle) Insgesamt	73.400	39,0	134.400	71,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 2.400	+ 3,3	+ 8.000	+ 6,0
	50.500	26,9	134.400		+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	4.600	+ 9,2		
	10.500	5,6			+ 1,1	+ 0,5	+ 0,8	1.000	+ 9,2		
	14.100	7,5			- 0,6	0,5	0,6	900	- 6,4		
	9.700	5,2			- 0,9	0,9	0,9	900	- 9,5		
	8.500	4,5	53.600	28,5	- 2,6 3,1	2,4 3,0	2,6 ²	2.100	- 25,1	- 6.800	- 10,7
	21.300	11,3			1,4	1,1	1,3	2.900	- 13,4		
	188.000	100,0	188.000	100,0				1.200		+ 1.200	+ 0,6

¹ Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Peter Schnur: Projektion des Arbeitskräftebedarfs für die Jahre 1980, 1985 und 1990. Modellrechnung nach 26 Wirtschaftszweigen, in Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, 7. Jg./1974.

² Schwerpunkt Bekleidung

Tabelle V – 14

Flächenveränderungen

Wirtschaftsabteilung	Flächenzuwachs ^{1,2} qm/Besch. 1985/1974	Flächenveränderung ³ 1985/74 (1000 qm)			
		Gesamt		Bei konstanter Fläche / Beschäftigter	
		Variante 1	Variante 2	Variante 1	Variante 2
2 (Verarb. Gewerbe)	7	2.197	922	398	772
3 (Bau)	8	1.592	1.286	968	686
4 (Handel)	5	127	67	403	459
5 – 9 (Tertiärer Bereich, ohne Handel)	3	1.692	1.272	570	195
Gesamt		5.608	3.547	1.533	350

¹ Grundstücksfläche

² Quelle: Borchart, Klaus, Orientierungswerte für die städtebauliche Planung, hgg. vom Institut für Städtebau und Wohnungswesen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, 2. Auflage, München 1974.

Prognos AG/Europäisches Zentrum für angewandte Wirtschaftsforschung, Wirtschaftliche und demographische Entwicklung in der Stadt und im Raum München bis 1985, Basel 1973. Sample Handelsforschung GmbH, Motiv- und Strukturanalyse zur Hamburger Büroflächenplanung, Hamburg 1972.

³ Grundstücksfläche

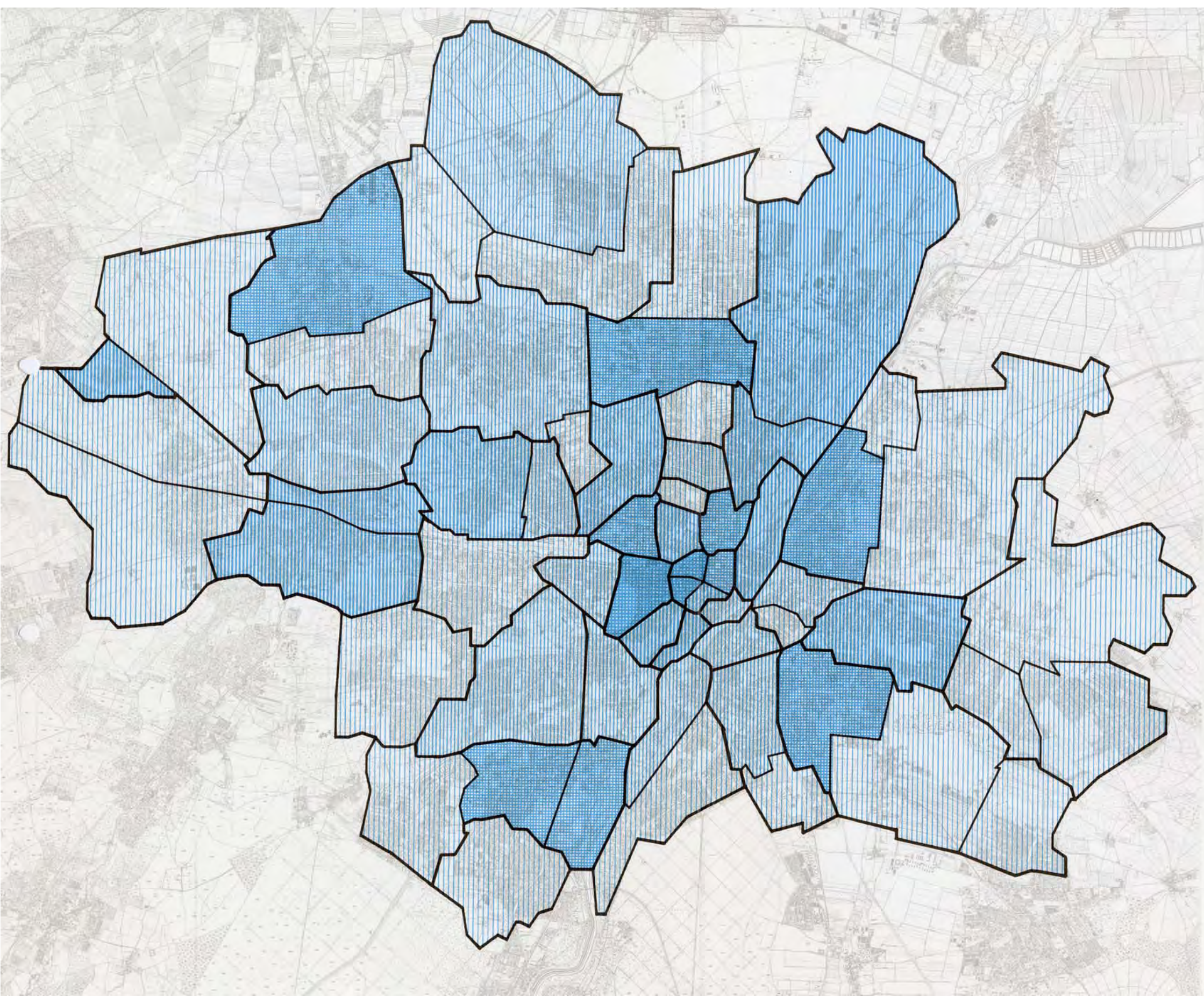
Tabelle V - 15

Standortfaktoren nach ihrer Bedeutung für die Betriebe der Landeshauptstadt München

Standortfaktor	Anteil der Betriebe (%)			
	Dem jeweiligen Standortfaktor wird große bzw. sehr große Bedeutung beigemessen	Dem jeweiligen Standortfaktor wird geringe bzw. keine Bedeutung beigemessen	Mit dem jeweiligen Standortfaktor besteht am jetzigen Standort Unzufriedenheit	
	1	2	3	4
Zufahrt und Parkmöglichkeiten		55,7	34,1	32,5
Günstige Lage im ÖV-Netz		59,2	32,2	9,0
Nähe zu Kunden		49,8	40,9	3,1
Angenehme Umweltbedingungen		49,8	38,7	31,0
Geringe finanzielle Belastung durch Grundstücke/Gebäude		49,5	35,8	15,1
Nähe zu Arbeitskräften		35,0	52,2	3,7
Repräsentativität der Geschäftslage		34,0	54,7	7,2
Ausdehnungsmöglichkeiten		28,4	60,0	24,6
Nähe zu Lieferanten		15,7	71,5	1,5

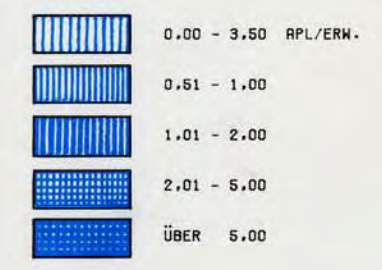
Quelle: Verkehrsuntersuchung Region München in den Jahren 1973 und 1974
 Sonderauswertung: Wanderungsverhalten von Betrieben und privaten Haushalten Region 14, erstellt von Sozialforschung Brög, München, 1975. Berechnungen des Stadtentwicklungsreferates

STADTENTWICKLUNGSPLAN WIRTSCHAFT



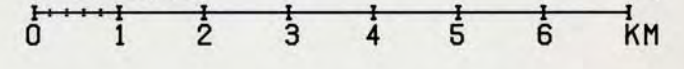
VERHÄLTNIS DER ARBEITSPLÄTZE ZU DEN ERWERBSTÄTIGEN FÜR DEN GEWERB- LICHEN SEKTOR

IN DEN EINZELNEN STADTBZIRKEN BZH.-BEZIRKSTEILEN

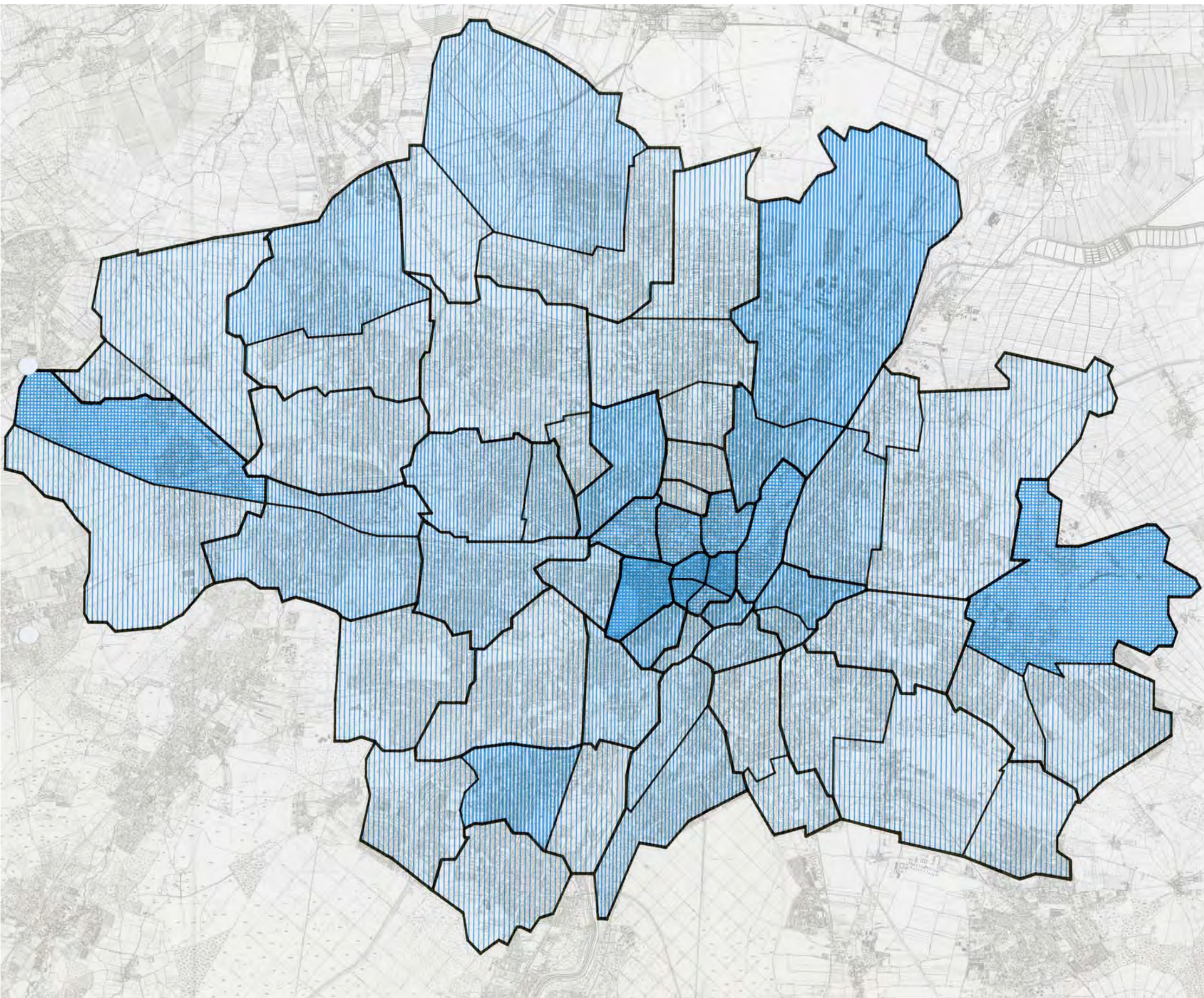


QUELLE DER DATEN
ARBEITSSTÄTTENZÄHLUNG 1970
VOLKSZÄHLUNG 1970

M 1:75000



STADTENTWICKLUNGSPLAN WIRTSCHAFT



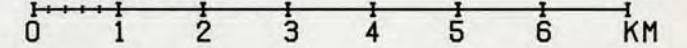
VERHÄLTNIS DER ARBEITSPLÄTZE ZU DEN ERWERBSTÄTIGEN FÜR DEN DIENST- LEISTUNGSSEKTOR

IN DEN EINZELNEN STADTBZIRKEN BZW.-BEZIRKSTEILEN

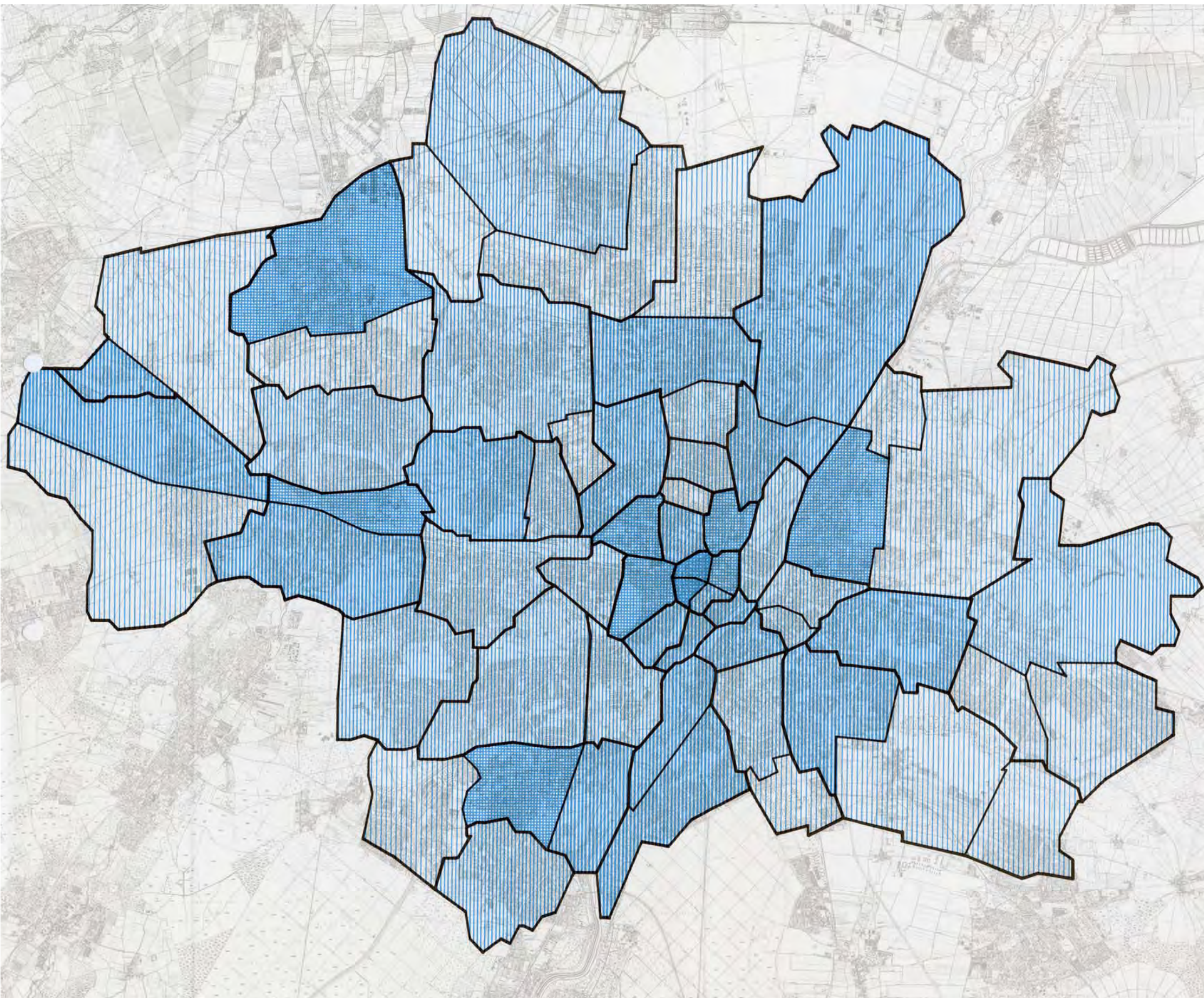


QUELLE DER DATEN
ARBEITSSTÄTTENZÄHLUNG 1970
VOLKSZÄHLUNG 1970

M 1:75000



STADTENTWICKLUNGSPLAN WIRTSCHAFT



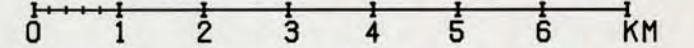
VERHÄLTNIS DER ARBEITSPLÄTZE FÜR ARBEITER ZU DEN ERWERBSTÄTIGEN ARBEITERN

IN DEN EINZELNEN STADTBZIRKEN BZW. -BEZIRKSTEILEN

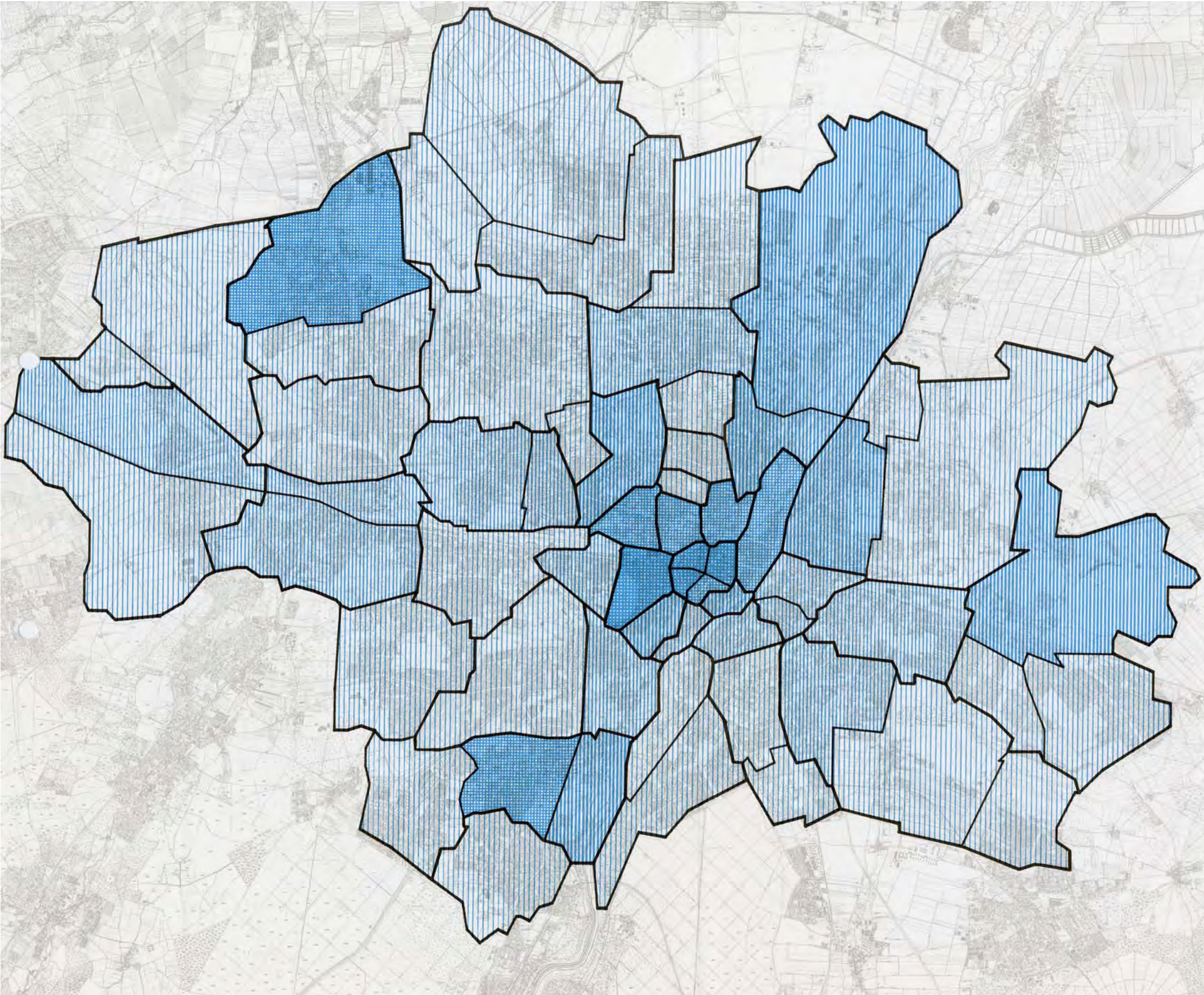


QUELLE DER DATEN
ARBEITSSTÄTTENZÄHLUNG 1970
VOLKSZÄHLUNG 1970

M 1:75000



STADTENTWICKLUNGSPLAN WIRTSCHAFT



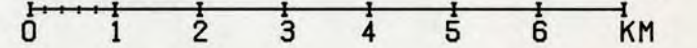
VERHÄLTNIS DER ARBEITSPLÄTZE FÜR BE-
AMTE UND ANGESTELLTE ZU DEN ERWERBS-
TÄTIGEN BEAMTEN UND ANGESTELLTEN

IN DEN EINZELNEN STADTBZIRKEN BZW. -BEZIRKSTEILEN



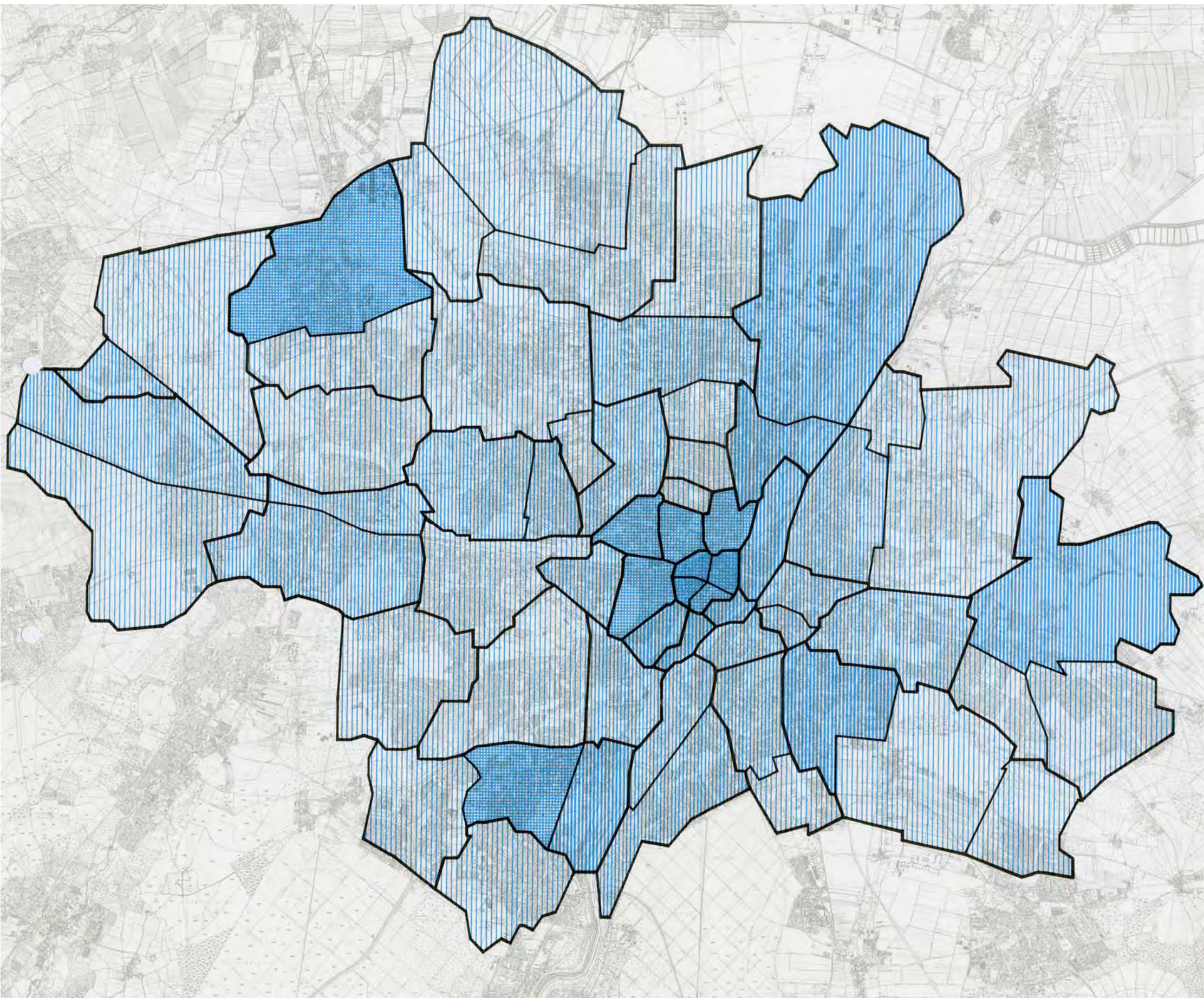
QUELLE DER DATEN
ARBEITSTÄTTENZÄHLUNG 1970
VOLKSZÄHLUNG 1970

M 1:75000



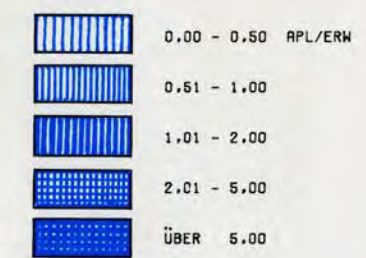
LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN 1976
REFERAT FÜR STADTFORSCHUNG UND STADTENTWICKLUNG

STADTENTWICKLUNGSPLAN WIRTSCHAFT



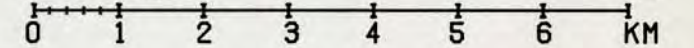
VERHÄLTNIS DER ARBEITSPLÄTZE FÜR FRAUEN ZU DEN ERWERBSTÄTIGEN FRAUEN

IN DEN EINZELNEN STADTBZIRKEN BZW. -BEZIRKSTEILEN

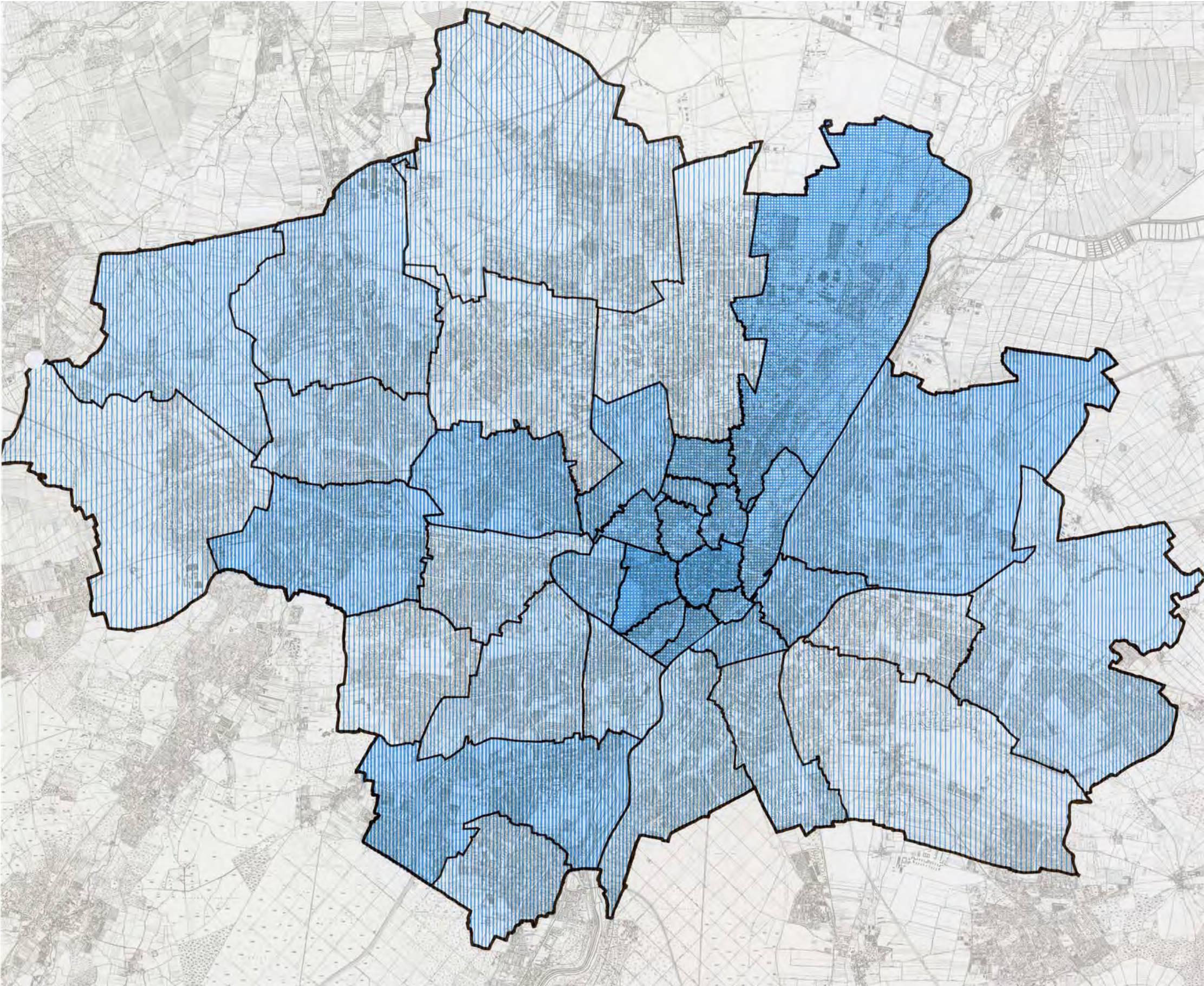


QUELLE DER DATEN
ARBEITSSTÄTTENZÄHLUNG 1970
VOLKSZÄHLUNG 1970

M 1:75000

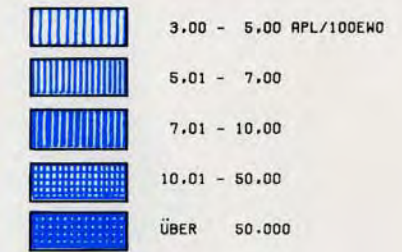


STADTENTWICKLUNGSPLAN WIRTSCHAFT



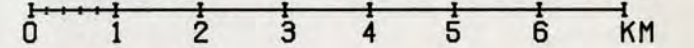
VERTEILUNG DER PUBLIKUMSORIENTIER- TEN ARBEITSPLÄTZE JE 100 EINWOHNER

IN DEN EINZELNEN STADTBEZIRKEN



QUELLE DER DATEN
ARBEITSSTÄTTENZÄHLUNG 1970
VOLKSZÄHLUNG 1970
BERECHNUNGEN DES AMTS FÜR STATI-
STIK UND DATENANALYSE

M 1:75000



LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN 1976
REFERAT FÜR STADTFORSCHUNG UND STADTENTWICKLUNG